



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Fachforum

Teilhabe junger Menschen vor Ort

22. Februar 2012, ZDF-Kongresszentrum, Mainz

Dokumentation

INHALT

I. Begrüßung und Eröffnung	3
Lutz Stroppe, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
II. Grußwort	7
Kurt Merkator, Dezernent für Soziales, Kinder, Jugend, Schule und Gesundheit, Mainz	
III. Impuls-Talk: Partizipation – Möglichkeiten, Chancen, Grenzen	11
Beate Bramstedt, ZDF	
Uwe Lübking, Deutscher Städte- und Gemeindebund	
Prof. Dr. Thomas Olk, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	
Dr. Peter Tauber, Bundestagsabgeordneter	
IV. Praxisinput Europa: Youth Participation makes sense!	16
Jochen Butt-Pośnik, JUGEND für Europa	
Steve Radford, City Council Liverpool	
V. Workshops:	18
WS 1: Schule mitgestalten – Beteiligung im Lebensraum Schule	18
WS 2: Lebenswelt in ländlichen Räumen mitgestalten – Beteiligung an kommunalen Entscheidungen	21
WS 3: Lebenswelt Stadt mitgestalten – Beteiligung an kommunalen Entscheidungen	31
WS 4: Jugendpolitik mitentscheiden – Beteiligung in der kommunalen Jugendarbeit und im Jugendhilfeausschuss	47
WS 5: Arbeitswelten mitbestimmen – Beteiligung in Ausbildung und Beruf	50
WS 6: Jugend eine beachtete Stimme geben – Beteiligung und Medien	60
VI. Abschlussdiskussion: Runter von der Beteiligungsinsel!	78
Sven Frye, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings	
Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung	
Lucia Stanko, Referatsleiterin Jugendpolitik, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Leitstelle Partizipation	
Lutz Stroppe, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
Daniel Zimmermann, Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein	

I.

Begrüßung und Eröffnung

Lutz Stroppe, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich begrüße Sie herzlich zum Fachforum „Teilhabe junger Menschen vor Ort“. Ich freue mich, dass so viele Menschen zu diesem Thema am heutigen Aschermittwoch nach Mainz gekommen sind. Das Fachforum „Teilhabe junger Menschen vor Ort“ ist die zweite große Veranstaltung im Rahmen der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik.

Wir wollen in den Dialog treten mit all jenen, die die Lebenslagen Jugendlicher beeinflussen. Wir wollen mit Ihnen über die fachliche Dimension einer Eigenständigen Jugendpolitik sprechen.

Mit einer Eigenständigen Jugendpolitik geht es uns darum, das Jugendalter insgesamt neu in den Blick zu nehmen. Nachdem in den vergangenen Jahren die ersten Lebensjahre von Kindern im Zentrum der Politik standen, wollen wir nun unsere Aufmerksamkeit stärker auf Jugendliche und Heranwachsende richten. Deswegen hat das Bundesjugendministerium im letzten Jahr mit der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik begonnen.

Langfristig verfolgen wir damit das Ziel, einen Wandel in der Gesellschaft herbeizuführen. Das Engagement der Jugend muss anerkannt werden. Gerade vor dem Hintergrund, dass der Anteil der jungen Menschen in Deutschland sinkt, sind wir darauf angewiesen, dass sich möglichst viele junge Menschen aktiv in die Gesellschaft einbringen. Die Jugend muss als ernstzunehmender Partner für alle Zukunftsthemen begriffen werden und es muss mehr Spielraum für jugendpolitische Aktivitäten geschaffen werden. Nur mit einer gut gestalteten Jugendphase können Jugendliche jetzt und später die Gesellschaft selber aktiv mitgestalten.

Jugendpolitik muss eine gesellschaftliche Zukunftspolitik werden. Um dies zu erreichen, wollen wir eine „Allianz für Jugend“ mit allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren gründen. Das sind neben der Kinder- und Jugendhilfe die Zivilgesellschaft, die Schule und die Wirtschaft ebenso wie die Medien, die Wissenschaft und natürlich die Jugend selbst.

Damit die Allianz erfolgreich ist, muss sie auf der Basis eines breiten Konsenses über alle Ebenen hinweg aufbauen. Eine Eigenständige Jugendpolitik ist daher auf einen längeren Zeitraum angelegt. In den nächsten beiden Jahren gilt es zunächst, diese stabile Basis aufzubauen. Um das zu gewährleisten, haben wir uns für einen dialogischen Prozess entschieden, in dem gemeinsam mit Ihnen die Leitlinien einer Eigenständigen Jugendpolitik festgelegt, diskutiert und schließlich dann auch umgesetzt werden.



*Es gilt das gesprochene Wort

In den nächsten beiden Jahren konzentrieren wir uns zunächst auf drei Anwendungsfelder. Das sind:

- Schule und außerschulische Lern- und Bildungsorte,
- die Übergangsgestaltung von der Schule in den Arbeitsmarkt,
- und die Fragen der Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum.

Gemeinsam müssen wir die verschiedenen Herausforderungen in Angriff nehmen und tragfähige Forderungen und Visionen entwickeln. Pro Anwendungsfeld planen wir je drei Fachforen, die bestimmte Fragestellungen in den Vordergrund rücken.

Heute nun findet das erste Fachforum im Anwendungsfeld Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum statt.

Der Dialog muss natürlich auch mit den Jugendlichen selbst stattfinden. Deswegen haben uns einige bereits im Vorfeld gefragt, warum so wenige Jugendliche an den Fachforen selbst teilnehmen. Lassen Sie mich kurz das Konzept der Jugendbeteiligung an der Eigenständigen Jugendpolitik erklären: Uns ist die Beteiligung möglichst vieler junger Menschen an der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik wichtig. Mit nur einigen wenigen Vertreterinnen und Vertretern ist eine ernst genommene Mitsprache nicht zu erreichen.

Die Ergebnisse der Fachforen werden im Anschluss zum Feedback an junge Menschen aus Jugendverbänden und Initiativen aber auch an Schulklassen und Projekte gespielt. Vor Ort setzten sich die Jugendlichen mit den Ergebnissen auseinander, entwickeln ihre Positionen, zeigen Beispiele auf, treffen Folgeabschätzungen und benennen Alternativen.

Das Ergebnis wird dann wieder an die Gremien in der Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik gegeben und schließlich gebündelt als Forderungen einer „Allianz für Jugend“ eingebracht.

Mein herzlicher Dank geht hierfür an den Deutschen Bundesjugendring, der die Konzeption und Durchführung der Jugendbeteiligung mit dem Projekt „Ich mache Politik“ übernommen hat.

Selbstverständlich sind Jugendliche aber auf allen Fachforen herzlich willkommen und wir prüfen auch jedes Mal, wie wir möglichst viele Jugendliche als Experten in den Tagungsverlauf mit einer aktiven Rolle beteiligen können.

Das Bestreben um einen möglichst breiten Dialog hat uns auch zur Wahl des Tagungszentrums im ZDF geführt. Im Vordergrund stand nämlich nicht die Annahme, dass Sie sowieso die letzten sechs Tage in Mainz waren und sich damit die Anreise nach Berlin sparen konnten. Nein, es war das Wissen darum, dass es – wie bereits ausgeführt – neben der Kinder- und Jugendhilfe viele weitere Akteure gibt, die mit ihrem Wirken direkt die Lebenslagen Jugendlicher beeinflussen. Nicht zuletzt sind dies auch die Medien. Daher freue ich mich auch ganz besonders, dass Frau Bramstedt von der ZDF-Hauptredaktion Kinder und Jugend gleich einen Impuls zum Thema Partizipation aus der Sicht der Medien geben wird.

Frau Maleike, ich hoffe Sie verzeihen mir, wenn ich die Chance nutze, eine Frage an Frau Bramstedt mit in die Runde zu geben, an der ich selber nicht teilnehmen werde: Frau Bramstedt, welche Rolle und vielleicht auch welche Verantwortung sehen Sie bei den Medien, nicht nur wenn es darum geht, jungen Menschen mehr Teilhabe zu ermöglichen, sondern auch bei der Aufgabe, das derzeit recht finster gezeichnete Bild von den Jugendlichen in Deutschland aufzuhellen und die Leistungen und das Engagement junger Menschen in den

Fokus zu stellen? Und was könnte die Medien dazu bewegen, auch diese Facetten der Altersphase Jugend zu zeigen?

Beim Thema Partizipation spielen aber nicht nur die Medien eine wichtige Rolle, sondern vor allem die Akteure, die für die Entscheidungen in unserer Gesellschaft verantwortlich sind und die Politik gestalten – auf der Bundesebene, der Landesebene, in der Region, der Kommune – vor Ort. Auch wenn es heute vor allem um die Teilhabe vor Ort gehen wird – denn dort liegen die Themen die Jugendliche ganz besonders interessieren – sind doch alle diese Ebenen miteinander eng verknüpft und müssen gut miteinander zusammenspielen um mehr Partizipation für Jugendlichen in ganz Deutschland zu ermöglichen.

Ich möchte mich daher bereits jetzt bei den Meinungsmachern bedanken, die heute hier mit uns auf den Podien diskutieren. Auf der Bundesebene sind das:

- Herr Dr. Tauber, Mitglied des deutschen Bundestages für den Wahlkreis Hanau
- Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung
- und Sven Frye, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings

Für die Landesebene begrüße ich ganz herzlich:

- Lucia Stanko, Referatsleiterin für Jugendpolitik im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz

Und für die Teilhabe vor Ort stehen:

- Kurt Merkator, Dezernent für Soziales, Kinder, Jugend, Schule und Gesundheit der Stadt Mainz
- und Daniel Zimmermann, Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein.

Herr Zimmermann gründete nicht nur die Jugendpartei „Peto“, um mehr Mitsprache für Monheimer Jugendliche zu erreichen, sondern nahm im Alter von 27 mit Peto die Politik in Monheim komplett in die Hand.

Ich freue mich, mit Ihnen heute Nachmittag genau über dieses Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen diskutieren zu dürfen.

Selbstverständlich darf hier auch die Wissenschaft nicht fehlen. Herr Professor Olk, ich freue mich daher, dass Sie uns nicht nur in der Jugendberichtskommission zum Thema Partizipation unterstützen, sondern auch heute mit einem Input über die Möglichkeiten, Chancen und Grenzen von Partizipation auf dem Podium teilnehmen werden.

Ganz besonders möchte ich mich aber schon jetzt bei den Vertreterinnen und Vertretern der vielen guten bundesweiten Beispiele bedanken, die in den Workshops ihre Arbeit vorstellen werden.

An guten Beispielen dafür, wie Partizipation junger Menschen gelingen kann, mangelt es uns in Deutschland nicht. Viele im Publikum erinnern sich bestimmt noch an die vielfältigen Aktionen im Rahmen des Aktionsprogramms für mehr Jugendbeteiligung in den Jahren 2007 und 2008.

Wir haben für die Veranstaltung heute auch noch mal die „Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ nachdrucken lassen, die wir im Prozess des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ mit vielen von Ihnen gemeinsam erarbeitet haben. Wir wissen also schon recht gut, wie Projekte angelegt sein müssen, um jugendgerecht Teilhabe zu organisieren.

Natürlich dreht sich auch hier die Welt immer weiter, Themen wie ePartizipation sind es, die immer neue Chancen und Herausforderungen bieten. Die Suche nach neuen Wegen kann deswegen niemals endgültig an ihrem Ziel angekommen sein. Wir dürfen uns aber nicht darauf beschränken, immer neue Wege zu suchen, sondern müssen das eigentliche Ziel im Auge behalten, nämlich möglichst alle jungen Menschen Teilhabe stetig und selbstverständlich zu bieten.

Denn junge Menschen wollen sich beteiligen. Sie wollen mitentscheiden, wie sie ihren Alltag verbringen, wie ihre Umgebung gestaltet ist und was ihre Zukunft beeinflussen kann.

Dafür braucht es eine umfassende, nachhaltige und systematisch verankerten Beteiligung junger Menschen in ihren Sozialräumen vor Ort.

Unbedingt notwendig sind meines Erachtens

- Verbindlichkeit der Angebote statt exemplarischer Aktionen,
- eine gute Information der Jugendlichen über ihre Rechte aber auch über die anstehenden Themen und Entscheidungen,
- klare Regelungen hinsichtlich der Rechte und Grenzen von Beteiligung,
- sowie geeignete Instrumente und Werkzeuge auf allen Ebenen.

Die Grundlage aber bildet die Stärkung des gesellschaftlichen Bewusstseins für die Wichtigkeit und den Mehrwert von Jugendpartizipation. Ich bin gespannt, welche Ansätze sie heute erarbeiten werden um die erforderlichen Bedingungen und Voraussetzungen für eine nachhaltige Jugendbeteiligung vor Ort zu schaffen. Partizipation muss vom Modell zum Alltag werden und überall strukturell verankert werden.

Dafür wünsche ich Ihnen und uns heute viel Erfolg!

II. Grußwort

Kurt Merkator, Dezernent für Soziales, Kinder,
Jugend, Schule und Gesundheit, Mainz

Meine Damen und Herren,

auch von mir herzlich willkommen hier in Mainz. Ich möchte Ihnen ein paar Impulse geben aus der Sicht eines Sozialdezernenten, weil wir in unserer Rolle nah dran sind an den Jugendlichen. Wir sind in Kitas, in Jugendzentren, in Stadtteil-Treffs, da, wo Jugendliche sind. Zwischen uns und den Jugendlichen sind nur noch diejenigen geschaltet, die direkt arbeiten, wie Sozialarbeiter und Streetworker, die unterwegs sind und die Jugendlichen da aufsuchen, wo sie gar nicht organisiert sind. Auch das ist ganz wichtig. Deshalb also ein paar Impulse für die spätere Diskussion aus meiner Sicht, denn das Thema Teilhabe junger Menschen an Politik, an sozialem Geschehen, ist etwas, was uns wichtig ist in meinem Dezernat. Und was wir versuchen zu fördern.



Wer immer lauter beklagt – und das tun wir ja – dass sich junge Menschen zu wenig beteiligen am öffentlichen und kommunalen Leben, und wer will, dass dies sich ändert, der sollte sich erst einmal fragen, ob es generell stimmt, dass das Interesse junger Menschen am Geschehen in ihrem Lebensraum nachlässt. Ich persönlich würde sagen: Das stimmt nur sehr bedingt. Man muss es in Relation setzen zu der Tatsache, dass auch das Interesse Erwachsener, sich in der Politik zu beteiligen, sinkt. Gucken Sie sich die Quoten bei den Wahlbeteiligungen an. Die sind übrigens bei der Wahl von Jugendparlamenten nicht besser, sondern noch schlechter. Auch da muss man ansetzen. Wir erreichen viele Menschen nicht – sowohl im Erwachsenenbereich, als auch im Jugendbereich. Fakt ist zudem, dass traditionelle politische Gremien und Beteiligungsformen von wenigen jungen Menschen angelaufen werden. In unseren Stadtratssitzungen haben wir immer viele Jugendliche oben auf der Galerie sitzen. Aber warum sitzen sie dort? Weil im Sozialkundeunterricht verordnet wurde, dass die Klasse zum Stadtrat geht. Ich sage es jetzt mal ganz selbstkritisch: Wenn man da oben zwei, drei Stunden zwangsweise als Jugendlicher sitzt, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass man freiwillig zurückkommt, bei den Diskussionen, die wir dort oft führen, relativ gering.

Als Top 1 im Jugendhilfe-Ausschuss haben wir immer den Punkt „Jugend spricht für sich.“ Und ich sage hier auch selbstkritisch, es erzeugt regelmäßig Erstaunen bis Verwunderung, wenn sich zweimal im Jahr tatsächlich Jugendliche dorthin verirren. Da muss man erst mal den Saal finden, die ganzen Prozesse durchlaufen, wie Eintritt in die Tagesordnung, das ist alles formal ziemlich kompliziert und kommt daher selten vor. Wir lassen es dennoch auf der Tagesordnung, aber wir haben auch reagiert. Denn wir wollen Jugendliche und die Meinungen von Jugendlichen. Deshalb vereinbarten wir seit zwei Jahren mit der Verwaltung und dem Jugendhilfeausschuss zwei- bis dreimal im Jahr einen Termin: „Jugend spricht für sich vor Ort“, nennen wir das. Das heißt, wir gehen in die sozialen Räume, in Jugendzentren, in Stadtteil-Treffs, wir gehen auch mal irgendwo in eine Ecke, wo wir wissen, da halten sich

Jugendliche auf. Wir unterhalten uns mit den jungen Menschen und nehmen Probleme auf. Und was ganz wichtig ist – das kann ich nur jedem empfehlen zu tun – gehen Sie nach vier bis sechs Wochen nochmal hin und sagen Sie den Jugendlichen, was Sie mitgenommen haben. Wir hängen dann eine Tafel in das Jugendzentrum und die Stadtteil-Treffs mit den Punkten, die wir aufgenommen haben und ergänzen, was haben wir gemacht. Nach vier bis sechs Wochen gehen wir hin und sagen den Jugendlichen: „Wir haben die Tischtennisplatte repariert, die ihr moniert habt. Wir haben das Klettergerät ausgetauscht. Wir haben die Ecke sauber gemacht.“ Und wir sagen ihnen auch – auch das ist wichtig – was wir nicht gemacht haben, weil wir es nicht machen konnten oder durften. Auch das muss man den Jugendlichen vermitteln. Sonst werden Sie nicht ernst genommen.

Wir brauchen niedrigschwellige Beteiligungsstrukturen. Mit den offiziellen kommen wir nur sehr bedingt weiter. Wo treffe ich Jugendliche an? Natürlich in der Schule, im Verein, im Jugendtreff, bei der Feuerwehrjugend, sogar noch in den Parteien. Aber auch da wird es immer schwieriger, junge Leute zu erreichen, zu gewinnen und auch mit manchmal etwas verkrusteten Parteistrukturen bei der politischen Arbeit zu halten.

Natürlich macht es Sinn vorhandenen Strukturen zu nutzen: Schülervertretungen in den einzelnen Schulen, städtische Schülervertretungen auf kommunaler Ebene, Jugendparlamente – wir sind gerade dabei eins zu installieren. Es gibt in den Vereinen Mannschaftsräte, Jugendsprecherinnen usw.. Man muss als Verwaltung auch dahin gehen, dort das Gespräch suchen, diese Strukturen nutzen. Und es ist manchmal erstaunlich, welche Arbeit gerade in Vereinen geleistet wird, was Jugendarbeit betrifft. Wir haben hier beispielsweise einen Verein in Mainz, der den Bundesintegrationspreis gewonnen hat, weil er ganz gezielt mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund arbeitet. Nicht nur über den Fußball, sondern darüber hinaus Ausbildungsplätze vermittelt, die Jugendlichen motiviert Hausaufgabenhilfe anzunehmen, in die Familien hineingeht. Auch an solchen Stellen muss man ansetzen.

Wir müssen also auch an die anderen rankommen, die anderen Jugendlichen mitnehmen, die zum Teil gar nichts von ihren offiziellen Vertretungen wissen und ihre Meinungen auf anderem Wege äußern. Und allmählich greift ja auch in der Politik und in der kommunalen Verwaltung die Erkenntnis, dass man Jugendliche nur sehr schwer erreicht über die klassischen Medien und Wege. Ich möchte jetzt keine Medienschelte betreiben, aber wir haben hier in Mainz zwei lokale Zeitungen – was denken Sie, wie viel Prozent der Jugendlichen diese lokalen Zeitungen lesen? Die meisten Jugendlichen lesen diese Zeitung nicht. Die gucken vielleicht mal in der App nach, wenn sie irgendwas interessiert, wie zum Beispiel Mainz05 gespielt hat. Sonst holen sie sich Informationen woanders. Deshalb müssen wir auch dafür sorgen, dass wir als Verwaltung Kommunikationswege entwickeln, die sich mit Jugendbeteiligung beschäftigen, die diese Jugendlichen erreichen. Und die sind nun mal im Netz. In entsprechenden Chatrooms, im Facebook usw.. Dort sind die Jugendlichen. Und da wird man auch feststellen, dass es ein Gerücht ist, dass sich Jugendliche nicht öffentlich äußern. Sie äußern sich sehr wohl, nur nicht in Leserbriefen, sondern in diesen entsprechenden Kommunikationsräumen. Da muss man sie abholen.

Was ebenfalls wichtig ist – ich habe es schon angesprochen – dass wir Erwachsenen auch Rechenschaft ablegen bei Jugendlichen über das, was man macht. Dass man sie ernst nimmt und ihre Ideen aufnimmt, dass viele Gremien aber am Ende nichts entscheiden. Am Ende laufen die Entscheidungen wieder in die Ausschüsse, in die Stadträte. Und da muss man den Jugendlichen glaubhaft machen, dass die Ideen, die in diesen Informationsgremien geboren werden, auch wirklich Einfluss auf Politik finden, und im Stadtrat von den Parteien, von den Politikern ernst genommen werden. Hilfreich wäre auch, unsere Amtssprache etwas zu verifizieren und jugendgerechter machen.

Wir sind gefordert, Partizipationsformen zu entwickeln und anzubieten und sie mit jungem Leben zu füllen. Ich nenne mal ein paar Beispiele, wie wir uns Partizipation in Mainz vorstellen. Der Stadt-Jugendring hier in Mainz vertritt als hiesige Dachorganisation 20 Verbände aus den Bereichen der Jugendpflege und hat Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss. Damit entscheidet er zum Beispiel auch über die Verwendung städtischer Zuschüsse für Lehrgänge, Fortbildung, Ferien, Freizeit und so weiter – immerhin ein Jahresetat von 115.000 Euro.

Jugendbeteiligung praktizieren wir in Mainz auch mit den ‚Fenstern der sozialen Stadt‘: Jugendräte, in denen kleine Dinge beschlossen werden, die man im Stadtteil verändern könnte. Und später sehen die jungen Menschen, dass man tatsächlich durch seine Anregung bestimmte Dinge verändern kann. Das ist ganz wichtig.

Zudem binden wir Kinder, Eltern und Jugendliche bei jeder Neugestaltung eines Spielplatzes, bzw. einer Außenfläche, eines Kindergartens oder auch eines Jugendzentrums ein. Ich sage ganz bewusst auch Jugendliche, weil wir mittlerweile in Mainz mehrere Mehr-Generationen Spielplätze haben, wo wir also Spielplätze so unterteilen, dass es nicht zu Konflikten kommt und auch ältere Jugendliche diese Plätze oder öffentliche Bereiche nutzen können. Das wird im Partizipationsprozess gemacht.

Wir haben hier in Mainz außerdem noch das OPEN OHR Festival an Pfingsten, eines der letzten politischen Festivals in dieser Republik. Dieses Festival wird vom Jugendamt der Stadt Mainz veranstaltet. Seit vielen Jahren haben wir eine unabhängige Projektgruppe aus jungen Leuten, die das Programm macht und das Festival gestaltet. Das Jugendamt mischt sich nicht ein und auch die Politik hat mittlerweile gelernt, sich nicht mehr einzumischen.

Noch einige Anmerkungen zum Thema Übergang. Wir haben gerade eine Studie im Rahmen der Stadt der Wissenschaft gemacht, zum Thema Übergänge aus dem Grundschulbereich in den Gymnasialbereich – ein ganz wichtiges Thema. Und wir haben festgestellt, was wir eigentlich alle schon wussten, dass junge Menschen aus unteren sozialen Schichten viel seltener eine Gymnasialempfehlung kriegen. Da muss man jetzt ansetzen. Warum ist das so? Das halte ich für die echten Übergänge. Eine unserer Säulen in der Stadt der Wissenschaft war auch das Thema Chancengleichheit von jungen Menschen. Und da fängt die Chancengleichheit an.

Wir nehmen zudem teil am Projekt „Jugend bewegt“ der Bertelsmann Stiftung. Ich halte es für sehr wichtig, dass man Jugendliche beteiligt an wichtigen kommunalen Projekten, die in der Stadt umgesetzt werden. Ein Investor plant momentan im Herzen von Mainz ein neues Einkaufszentrum zu errichten. Das ist heftig diskutiert. Und wir haben Foren zum Thema Stadtbild, zum Thema Verkehr, zum Thema Einzelhandel. Vor einem Monat haben wir auch ein Kinder- und Jugendforum durchgeführt, in dem wir, organisiert vom Jugendamt, über Schulen, über entsprechende Jugendzentren, Kinder und Jugendliche eingeladen haben, uns zu sagen: „Wie stellt ihr euch so ein Einkaufszentrum vor? Was erwartet ihr davon?“ Das war ein ganz spannender und interessanter Prozess. Auch da brauchen wir Beteiligung.

Wer Jugendbeteiligung ernst nimmt, der muss diese auch mit entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen ausstatten. Und das ist in vielen Fällen nicht so. Das Jugendforum zum Bau des Einkaufszentrums hatten wir dem Jugendamt überlassen, nach dem Motto, „das können die aus Bordmitteln machen.“ Doch wir haben derzeit 20 Prozent Haushaltssperre, von daher konnten wir das nur zwei Nummern kleiner machen. Baupartizipation ist gesetzlich geregelt. Aber im Bereich der Jugendpartizipation müssen wir noch einiges lernen. Und hier wünsche ich mir, dass man soziale Partizipation genauso ernst nimmt wie Bürgerbeteiligung im Baurecht und in anderen Bereichen, die dann auch entsprechend

dotiert sind. Und dass wir dahin kommen, dass Jugendbeteiligung nicht mehr verordnet ist, sondern dass es selbstverständlich ist. Da haben wir noch einen weiten Weg.

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Veranstaltung und dem ganzen Projekt, dass am Ende mehr rauskommt, als dass wir mal nett zusammen gesessen haben. Wir können jede Unterstützung gebrauchen und ich glaube, ich spreche nicht nur für mein Jugendamt, die meisten Jugendämter, die meisten Kommunen sind interessiert an vernünftigen Ergebnissen und sind auch bereit, diese in der Praxis umzusetzen. Vielen Dank!

III.

Impuls-Talk: Partizipation – Möglichkeiten, Chancen, Grenzen

Teilnehmende:

Beate Bramstedt, ZDF

Uwe Lübking, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Prof. Dr. Thomas Olk, Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Dr. Peter Tauber, Bundestagsabgeordneter

Moderation: Kate Maleike, Deutschlandfunk

Um inhaltliche Impulse für die weitere Veranstaltung zu geben, wurden in der Gesprächsrunde zu Beginn zentrale Fragen zur Beteiligung junger Menschen aus den verschiedenen Perspektiven der Teilnehmenden diskutiert.



Zentrale Aussagen der Teilnehmenden

Beate Bramstedt, ZDF

Welche Rolle sehen Sie für die Medien hinsichtlich der Teilhabe junger Menschen in Deutschland?

- Aufgabe der Medien in diesem Zusammenhang ist es, die Verbreitung des Themas „Beteiligung“ in der Öffentlichkeit zu ermöglichen und zu stärken. Darüber hinaus müssen Medien Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, ihr Wirksam-Sein zu spüren. Sie müssen das Gefühl haben, dass sie mit ihren Botschaften oder Änderungswünschen Gehör finden und auch tatsächlich etwas bewirken können. Dann erst erreicht man, dass sie sich weiter beteiligen wollen. Denn das Wollen ist die erste Voraussetzung. Dies zu fördern ist das Anliegen unserer Arbeit in vielen verschiedenen Facetten.

Die Sendung logo!, die Kindernachrichten des ZDF, sehen jeden Abend zwischen 300.000 und 500.000 Jugendliche und Kinder in Deutschland. Ist das ein Ergebnis von Partizipation und wie gelingt es Ihnen, die Jugendlichen anzusprechen?

- Es ist ein Kernstück von logo!, Kinder einzubeziehen. Auf Augenhöhe der Kinder zu arbeiten, ist eine Selbstverständlichkeit. Es soll nicht über Kinder berichtet werden, sondern Kinder sollen spüren, dass sie und ihre Belange im Mittelpunkt stehen. Es gibt bei logo! zum Beispiel die Rubrik ‚Redezeit‘: Kinder, die in ihrer Kommune, in ihrer Schule oder irgendwo sonst etwas verändern möchten, wenden sich an logo!, um Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu bekommen, um so vielleicht ihren Bürgermeister oder den Sozialdezernenten ihrer Stadt dazu zu bringen, den Spielplatz eben doch nicht abzubauen. Aber logo! wird nicht per se aktiv, indem sich das Kind an logo! wendet. Sondern Kinder müssen zeigen, dass sie sich schon auf anderem Weg selbst um ihr Anliegen gekümmert haben, aber leider bislang nicht gehört wurden. Dann kommt die Verstärkerfunktion der Medien ins Spiel. Indem logo! den Fall in die Sendung nimmt, entsteht öffentlicher Druck.

Ein zweites Instrument sind die logo!-Kinderreporter. Das heißt, nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder selbst berichten für Kinder. Diese Rubrik ist so groß geworden, dass selbst Persönlichkeiten wie Angela Merkel den Kinderreportern immer mal wieder Rede und Antwort über ihr politisches Handeln stehen. Und auch andere große Persönlichkeiten des Zeitgeschehens im In- und Ausland lassen sich gerne auf die überraschenden und sehr eigenen Fragen der Kinder ein.

Sie haben viel mit Jugendlichen zu tun, wenn Sie Ihr Programm planen. Was sind aus Ihrer Erfahrung „Partizipationskiller“? Wann schrecken Jugendliche und Kinder zurück?

- Wenn man sie nicht ernst nimmt. Es kommt stark auf die innere Haltung beim Programm-Machen an. Als Erwachsener fällt es einem oftmals schwer zu beurteilen, was die jungen Menschen wirklich sehen wollen, da muss man schon nachfragen. Und das tun wir mit verschiedenen Instrumenten, beispielsweise durch eine enge Verkopplung zur Medienforschung oder durch eigene direkte Kontakte zum Publikum. Wenn hier beispielsweise Kindergruppen eine Führung durch das ZDF machen, so nutzt das unser Info-Magazin „pur+“, um Zuschauerfeedback zu erleben, indem sie diesen Zuschauerkindern eine Folge vorspielen und die Reaktionen darauf sehr ernsthaft aufarbeiten.

Prof. Dr. Thomas Olk, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Welchen Stellenwert hat das Thema Partizipation aus Ihrer Sicht im Moment in der aktuellen Politik?

- Das Thema ist in den vergangenen Jahren aus meiner Sicht zunehmend wichtiger und zentraler geworden. Es ist ein Querschnittsbereich in der Kinder- und Jugendpolitik, der schon im Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland“ eine Rolle gespielt hat und der auch auf europäischer Ebene eine wichtige Rolle spielt. Diese Entwicklung hat mit dem veränderten Verständnis der Rolle von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft insgesamt zu tun. Sie werden ernster genommen als Subjekte und als Rechtsträger, als subjektive Rechtsanspruchsträger. Das hängt auch mit einem neuen Verständnis der Bürgerrolle, auch im europäischen Rahmen, zusammen: Active Citizenship, also die aktive Beteiligung auch der jungen Bürger als Voraussetzung für das Funktionieren einer modernen, hoch differenzierten Wissensgesellschaft in einer globalisierten Wirtschaft. Wir brauchen Bürger, die sich einmischen, die mitgestalten, die aktiv sind, die also auch über soziale Kompetenzen verfügen.

Wir wissen also, dass wir junge Menschen brauchen. Aber wissen wir auch, wann sie sich engagieren?

- Ja. Wir wissen heute, dass das traditionelle Bild – „Nun lernt erst mal was und wenn ihr was gelernt habt, dann dürft ihr auch partizipieren.“ – nicht stimmt. Es ist genau anders herum. Das heißt, die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, aber auch an bestimmten Entscheidungen, setzt zwar Kompetenzen voraus, die entstehen aber nicht „am Trockendock“, sondern durch konkrete Erfahrung mit Beteiligung. Indem ich mich beteilige, lerne ich auch immer besser, mich einzumischen und meine Stimme zu erheben. Aber auch die Spielregeln und Taktiken des Handels. Das ist es, was in der UN-Konvention mit dem Begriff „Evolving Capacities of the Child“ umschrieben wird. Das bedeutet, indem Kinder Erfahrungen mit Partizipation machen, entwickeln sie sich und entwickeln auch Partizipationskompetenzen, und nicht umgekehrt.

Dr. Peter Tauber, Bundestagsabgeordneter

Welches Bild von Jugend in Deutschland haben Sie im Moment im Hinblick auf Beteiligung?

- Jeder hat aus seiner Perspektive heraus ein ganz individuelles Verständnis. Erst, wenn man mehrere Jugendliche an einen Tisch holt, ergibt sich ein umfassendes Bild. Jugendliche selbst haben die beste Kompetenz, für sich und ihre Generation zu sprechen. Vor diesem Hintergrund geht es nicht nur darum, Strukturen zu schaffen, sondern die erwachsenen Menschen zu sensibilisieren für die Offenheit, auf diese Kompetenzen junger Menschen zu hören und sie zu nutzen. Wichtig ist zu realisieren: Da sind junge Leute, die haben Ideen und die haben Kompetenzen. Wir als Politik müssen uns fragen: Wo können wir helfen, damit diese jungen Menschen sich mit ihren Kompetenzen einbringen.

Es ist kein Geheimnis, dass Parteien Nachwuchs suchen. Wie schwer ist es zum Beispiel als jemand, der für Jugendarbeit in Berlin in seiner Partei aktiv ist, sich durchzusetzen?

- Ich diskutiere im Jahr mit knapp 2.000 Schülerinnen und Schülern und sage ihnen in diesem Zusammenhang: Es ist entscheidend, dass sich die jungen Menschen im Klaren darüber sind, dass Engagement auch anstrengend ist. Ich werde oft gefragt, „Was muss ich machen, wenn ich Bundestagsabgeordneter werden will?“ Man muss eine Idee haben, man muss Begeisterung haben und man muss eine gewisse Beharrlichkeit haben, sich auch durchzusetzen gegen Erwachsene und in der Diskussion mit anderen Jugendlichen. Jungen Leuten muss man deutlich machen, was auf sie zukommt und ihnen gleichzeitig die Gelegenheit geben, dass ihre Impulse für sie wirkungsmächtig werden. Es liegt an uns allen, auch in der Politik, jungen Leuten eine Feedback-Kultur zu vermitteln, damit sie beispielsweise merken, „es macht Sinn, dem Abgeordneten zu schreiben und zu sagen, dass ich das nicht verstanden habe oder dass ich die Position seiner Partei für falsch halte.“ Wenn in solchen Fällen nichts zurückkommt, sind es nur Sonntagsreden.

Was sind aus Ihrer Sicht die nächsten Schritte, um Partizipation in Deutschland voranzubringen? Was müsste unbedingt erfolgen?

- Die föderale Staatsstruktur macht Prozesse langsam, deswegen sind wir vielleicht noch nicht ganz so weit vorangeschritten, wie wir gehofft haben. Ich glaube, wir müssen zunächst auf allen Ebenen ein Bewusstsein schaffen. Dafür, dass Jugendliche eigene Interessen haben und eigene Kompetenzen, so dass sich das klassische Denken „Du lernst erst mal was! Dann kannst du was und dann darfst du mitreden“ verändert. Wir haben inzwischen bereits Situationen, in denen es umgekehrt ist, das heißt Erwachsene lernen von den jungen Leuten, weil sie Dinge selber nicht mehr kennen und verstehen. Die Digitalisierung, der Umgang mit neuen Medien ist dafür ein gutes Beispiel. Hier kehrt es sich um. Und der damit einhergehende Bewusstseinswandel muss sich auf allen politischen Ebenen, vom Bund angefangen, bis hin in die Rathäuser hinein erst mal setzen. Zudem brauchen wir einen Bewusstseinswandel in dem, was wir jungen Menschen zutrauen. Das Klischee, was mir immer wieder begegnet, „die jungen Leute, die wollen sich doch gar nicht engagieren, und die wollen doch gar keine Verantwortung übernehmen“, ist nicht zutreffend. Wir hätten sonst keine 35.000 jungen Leute im Bundesfreiwilligendienst und 35.000 im FSJ. Und wir brauchen Menschen, die in den Strukturen Verantwortung haben und Beteiligung leben. Wir dürfen uns in der Politik nicht zu lange an Strukturdebatten festhalten. Die Beteiligung von Jugendlichen kann man nicht staatlich verordnen, da braucht es in den einzelnen Ebenen eine Sensibilität, nach dem Motto:

Lasst die jungen Leute machen. Das ist aus meiner Sicht die große Herausforderung. Und das ist ein langer Prozess, wir haben noch ein paar Schritte vor uns, doch wir sind zum Glück auch schon einige gegangen.

Die Jugendlichen haben heute viel Stress, weniger Zeit als sie das früher hatten. G8 ist da ein Stichwort. Wie müssten sich aus Ihrer Sicht Schulen, Kindergärten und Kitas besser auf diese große gesellschaftliche Herausforderung einstellen?

- Partizipation muss in den Regelstrukturen ansetzen und nicht bei irgendwelchen Veranstaltungen, die einmal im Jahr stattfinden. Obwohl diese auch eine gewisse Bedeutung haben, eine symbolische und eine Treiberfunktion, aber sie können nur wirken, wenn im Alltag etwas passiert.

In Kitas ist das Personal eine wichtige Stellschraube. Die Erzieherinnen und Erzieher müssen begleitet, unterstützt und ermutigt werden, Partizipation im Alltag zu praktizieren. Das hat zum Beispiel das Projekt „Kinderstube der Demokratie“ hervorragend gemacht. Kinder, die aus diesen Kindertagesstätten kamen, wussten was Partizipation ist, waren partizipationserfahren und konnten es später in der Schule einfordern.

Im schulischen Bereich ist es wichtig, Beteiligung in die Regelpraxis zu implementieren, hier müssen verschiedene Akteure zusammenwirken. Das bedeutet, dass auch die Kultusministerien dies zu einem eigenen Anliegen machen müssen.

Doch auch auf der Ebene der Einzelschule kann viel getan werden. Hier ist der Schulleiter entscheidend, um Lehrerinnen und Lehrer zu motivieren und zu Partizipation zu ermutigen.

Doch die empirischen Befunde zeigen, dass Partizipation in der Schule dann gut funktioniert, wenn es um Dinge wie die Verschönerung des Klassenraumes geht. Wenn es jedoch um Inhalte geht, um Lernstoff, Unterrichtsformen usw., je näher es also an die Kernstruktur der Schule geht, desto geringer erfahren Schülerinnen und Schüler, dass sie partizipieren können. Doch es gibt auch eine Reihe von schönen Projekten und einige Schulen, die das hervorragend machen. Ein grundlegendes Problem ist, dass vieles von einzelnen engagierten Lehrerinnen und Lehrern abhängt.

Uwe Lübking, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Was ist Ihr Eindruck, wie hoch ist das Interesse bei Jugendlichen an Partizipation?

- Es ist sicher sehr unterschiedlich und wir stellen das auch kommunal sehr unterschiedlich fest. Das hängt auch mit örtlichen Strukturen zusammen. In ländlichen Räumen, wo noch eine gute Vereinsstruktur besteht, besteht sicher auch höheres Engagement. In bestimmten Bezirken von Berlin beispielsweise ist hingegen eben ein etwas geringes Engagement, aus den unterschiedlichsten Gründen. Man kann also nicht von DER Jugend und DER Jugendbeteiligung reden.

Sind denn Protestaktionen, wie beispielsweise gegen ACTA, aus Ihrer Sicht Belege für eine mangelhafte Partizipation? Hier haben sich ja auch sehr viele Jugendliche engagiert.

- Ich glaube, dass vielfach mangelhafte Informationen zu solchen Bewegungen führen. Wir haben in der kommunalen Ebene gelernt, dass man frühzeitig informieren muss und nicht mit einer vorgefassten Entscheidung hingehet und sagt: „So, jetzt könnt ihr vielleicht noch mal eine kleine Weichenstellung machen, aber die Entscheidung ist im Prinzip gefallen.“ Und dass Ehrlichkeit dazu gehört, indem man von vornherein deutlich macht, wo die Handlungsspielräume sind, die man hat. Partizipation oder Beteiligung anzustoßen,

wenn die Entscheidungen im Prinzip schon durch gesetzliche Rahmenbedingungen oder andere Gründe vorgegeben ist, ist meines Erachtens ich das Schlechteste, was man tun kann, da es Frustration erzeugt.

Wie würden Sie die Situation verbessern wollen? Die Problemzonen sind ja bekannt: Es braucht eine andere Anerkennungs- und Beteiligungskultur, und zwar ganz unten und nicht von oben. Gibt es da Ansätze?

- Lassen Sie mich zunächst noch ein Wort zu den Jugendhilfeausschüssen sagen. Es ist ja bereits leichte Kritik geäußert worden an der Zusammensetzung und der Funktionsweise. Jugendhilfeausschüsse sitzen jedoch auch nicht immer vor Ort, sondern sind bei den Jugendämtern angesiedelt. Das heißt, in Kreisstrukturen ist der Jugendhilfeausschuss beim Kreisjugendamt. Doch da spielt nicht die Musik, sondern in den Städten und Gemeinden. Da nützt der Jugendhilfeausschuss relativ wenig, wenn er nicht auch noch unterwegs ist. Und in den großen Flächenkreisen, die wir im Augenblick gerade im Osten bekommen, nützt dies unter Partizipations-Gesichtspunkten gar nichts. Ich denke in der kommunalen Ebene ist das Thema Beteiligung vielfach angekommen. Kommunale Selbstverwaltung heißt: Bürgerschaftliche Mitwirkung, gemeinsam etwas gestalten. Insofern ist es auch nicht Teilhabe, sondern Partizipation heißt Mitwirkung. Und Mitwirkung heißt eben nicht nur, „ich möchte bestimmte Dinge haben.“, sondern mitgestalten. Die Städte stehen im Wettbewerb um Familien. Und wenn man Familien und junge Menschen in seiner Kommune halten will, muss man auch eine Entwicklung mit ihnen gemeinsam gestalten, auch mit den Jugendlichen, die hier leben, das Gemeinwesen zusammen gestalten.

IV.

Praxisinput Europa: Youth Participation makes sense!

Jochen Butt-Pośnik, JUGEND für Europa
Steve Radford, City Council Liverpool

Seit 30 Jahren ist Steve Radford Mitglied des Liverpools Stadtrats. Obwohl dieser derzeit von fast einer $\frac{3}{4}$ -Labour-Mehrheit dominiert wird, hat er den Vorsitz im Ausschuss für Kinder- und Jugendzentren inne und ist als Vertreter der kleinen Liberal Party (nicht zu verwechseln mit den Liberal Democrats, die mit den Konservativen die Regierung des Vereinten Königreichs stellen) ein „political animal“.

Selbst bereits als 14-Jähriger zur Politik gekommen, ist Radford einer der eher seltenen politischen Entscheidungsträger, der die Einbeziehung Jugendlicher in kommunalpolitische Strukturen ernst nimmt: Er bietet „Shadowing“ an, das heißt er lässt seine Arbeit im Stadt- und Bezirksrat von Jugendlichen begleiten. Dabei geht es ihm auch um den Abbau symbolischer Distanz: „Normalerweise sitzen die Besucher bei uns auf einer Tribüne und hören zu, was wir Lokalpolitiker unten am Tisch machen. Ich hole die Jugendlichen an den Tisch, sie haben Rederecht und wir behandeln sie, als wären sie schon Ratsmitglieder.“

Einmal im Jahr veranstaltet der Liverpool City Council eine Art Jugendforum, die „Question Time at Town Hall“. Bei diesem Beteiligungsforum kommen über hundert Jugendliche aus den verschiedenen Jugendparlamenten und Jugendzentren der Stadt zusammen und diskutieren mit Lokalpolitikerinnen und -politikern ihre Anliegen und Fragen. Dabei sind neben konkreten Anliegen beispielsweise im Bereich von Jugendeinrichtungen, öffentlichem Nahverkehr, Gewalt und dem Verhältnis zwischen Polizei und Jugendlichen insbesondere Haushaltsfragen immer wieder Thema. Liverpool sieht sich, wie fast alle öffentlichen Haushalte im Vereinten Königreich, mit drastischen Kürzungen konfrontiert: Für das laufende Jahr wurde das Jugendbudget um 28 Prozent gekürzt; Schließungen von Einrichtungen und Strukturen wie dem „Integral Youth & Play Service“ sind die Folge.

Zugleich räumt jedoch „Positive for Youth“, der neue ressortübergreifende jugendpolitische Ansatz der Londoner Zentralregierung, den Kommunen mehr Freiheiten ein, ihre Dienstleistungen im Jugendbereich auszuschreiben und an geeignete Träger aus der Privatwirtschaft, Jugend- oder Freiwilligenorganisationen zu vergeben. Dabei werden Kommunen verpflichtet, Jugendliche an der Auswahl und Kontrolle der Dienstleister zu beteiligen.

Steve Radford sieht mit Sorge, dass selbst wenige seiner (erwachsenen) Kolleginnen und Kollegen aus der Lokalpolitik über die Kompetenz verfügen, komplexe Ausschreibungsverfahren durchzuführen und die Qualität der Leistungsanbieter einzuschätzen. Dazu kommen Fälle von Trägern aus dem religiös-orthodoxen Bereich, die beispielsweise homophobische oder anti-egalitäre Positionen vertreten und diese in die Jugendarbeit der von ihnen geführten Einrichtungen einfließen lassen. Radford sieht aber auch Chancen in der derzei-



tigen Situation. Sein Credo: „Wir müssen die jungen Leute ‚up-skillen‘; ihnen durch frühe Einbeziehung, Shadowing, die konkrete Übernahme von Verantwortung und Training die Möglichkeit geben, den entstandenen Freiraum zu nutzen“.

Lernbedarf sieht Radford aber auch im Hinblick auf die Erwachsenen und Entscheidungsträger: Hier fehlt es zu häufig an einer Haltung, die Jugendliche aufsucht, ihnen in verständlicher Sprache und Form Beteiligungsmöglichkeiten bietet und sie so ernst nimmt, dass auch ein Konflikt nicht gescheut wird. Auch Erwachsene benötigen also oftmals ein „up-skill“, um zu Partizipationsermöglichern werden.

Entgegen der in Deutschland oft vertretenen Ansicht, verbindliche gesetzliche Grundlagen könnten die Partizipationsbedingungen Jugendlicher strukturell verbessern, hält der Liberale Radford wenig von der Wirkung zentralstaatlicher Vorgaben. Diese seien ungeeignet, die beschriebene partizipationsfördernde Haltung bei Erwachsenen und die Beteiligungskompetenzen bei Jugendlichen herzustellen. Denn zu dieser Haltung gehört nicht zuletzt auch Vertrauen in Jugendliche. Gefragt, ob er nach den gewalttätigen Ausschreitungen im August 2011, in deren Verlauf auch in Liverpool Autos brannten und Geschäfte geplündert wurden, auch weiterhin ein positives Bild von „der Jugend“ habe, antwortet Radford differenziert: „Die meisten Festgenommenen bei den Ausschreitungen in Liverpool waren über 21-jährige mit krimineller Vorgeschichte. Es ist fatal, wie die Medien daraus einen Jugendaufstand herbei schrieben.“

Das auf dem Fachforum im Plauderton gehaltene europäische Peer-Learning soll die Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik in Deutschland noch in vielfältigen Formen mit Inspiration, Vergleichsmöglichkeiten und Lernmomenten versorgen. Auch auf den nächsten Fachforen wird wieder mit Einflüssen aus europäischen Partnerländern zu rechnen sein.

V.

Workshop 1: Schule mitgestalten – Beteiligung im Lebensraum Schule

Moderation: Dr. Christine Steiner,
Deutsches Jugendinstitut

Praxisinput: Sina Harge und Robert Saar,
Evangelische Schule Berlin Zentrum

Einleitung

Schule ist ein wichtiger Lebensraum von Jugendlichen: Hier verbringen sie einen Großteil ihres Alltags. Hier sind ihre Interessen und Belange direkt betroffen. Damit ist Schule für Jugendliche ein herausragender Ort, um Beteiligungsprozesse direkt zu erleben und zu praktizieren. Wenn Jugendliche über Beteiligungsprojekte und -strukturen ihren Schulalltag und den Unterricht mitgestalten können, steigert das zudem ihre Motivation sich einzubringen. Darüber hinaus können Jugendliche in der Schule lernen, was Partizipation für unsere Gesellschaft und Demokratie bedeutet. Sie erhalten Informationen, welche Rechte und Möglichkeiten sie haben, sich in der Gesellschaft einzubringen und üben dies in einem für sie hoch relevanten Lebensraum aktiv ein. Vor diesem Hintergrund kommt Schule hinsichtlich der Umsetzung von Beteiligung eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Dennoch gibt es in Schulen nur selten ein strukturell verankertes, weitgehendes Mitspracherecht für Jugendliche über die Gestaltung von Schule.



Ausgehend vom Praxis-Input wurde im Workshop diskutiert, welche Bedingungen für eine erfolgreiche Beteiligung von Jugendlichen im Lebensraum Schule erforderlich sind und wie Partizipation hier nachhaltig verankert werden kann.

Praxisinput Evangelische Schule Berlin Zentrum

Die Evangelische Schule Berlin Zentrum (ESBZ) ist eine integrierte Gemeinschaftsschule, die 2008 gegründet wurde. An der Privatschule findet so viel Partizipation wie möglich statt. Zudem gibt es, soweit möglich, keine Notenvergabe wie an anderen Schulen. Es wird primär Feedback an die Schülerinnen und Schüler gegeben und die Schwächen sowie Stärken der Einzelnen analysiert. Alle Prozesse innerhalb der Schule sind so demokratisch und transparent wie möglich gestaltet.

Partizipation:

- Die Schule bietet zahlreiche Partizipationsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler und regt dazu an diese auch zu nutzen.
- Alle Schülerinnen und Schüler können sich beteiligen, es gibt keine Altersgrenze.
- Die Schülerversammlung findet sich alle zwei Wochen zusammen und steht in stetigem Austausch mit der Schulleitung.
- Die Schülerinnen und Schüler werden von der Schule zu allen Gremiensitzungen und Zusammenkünften eingeladen und haben Stimmrecht in der Schulkonferenz.
- Insbesondere die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe haben die Möglichkeit über ihre Unterrichtsinhalte mit zu entscheiden.

Durch die zahlreichen Partizipationsmöglichkeiten verändert sich das Verhältnis von Schülerinnen bzw. Schülern und Schule zueinander: Muss sich an anderen Schulen die Schülerin bzw. der Schüler der Schule anpassen, so passt sich die ESBZ ihren Schülerinnen und Schülern und deren Bedürfnissen an.

Besondere Projekte:

- **Schülerfirma:**

Unter anderem verdienen die Schülerinnen und Schüler Geld mit Lehrerfortbildungen, die sie wöchentlich für Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Schulen veranstalten.

- **„Herausforderung“:**

Dieses Projekt findet jeden Herbst für drei Wochen statt und entspricht in etwa einer Klassenfahrt. Jede Schülerin und jeder Schüler hat hierbei ein Budget von 150 Euro für diese drei Wochen. Die Jugendlichen organisieren die Aktivitäten in Kleingruppen völlig eigenständig, z.B. eine Kanutour oder drei Wochen Selbstversorgung in Schweden mit einem Coach. Die Kleingruppen werden während ihrer Ausflüge von erwachsenen Begleitpersonen unterstützt, diese halten sich jedoch weitestgehend im Hintergrund.

- Jede Schülerin und jeder Schüler der siebten Klasse engagiert sich einmal wöchentlich während der Schulzeit in einem sozialen Projekt.

Ein wichtiges Ziel der Projekte ist, dass die Kinder und Jugendlichen sich nicht ausschließlich Wissen aneignen, sondern auch lernen Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. „Lernen für’s Leben“ spielt eine zentrale Rolle.

Rückfragen zum Praxisinput:

Bedeutet dieses Schulmodell möglicherweise auch zuviel Freiraum und zuviel Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler?

- Die Meisten nutzen die ihnen gewährten Freiheiten durchweg positiv. Die Erfahrung der Schülerinnen und Schüler zeigt, dass Eigenverantwortung durchaus auch anstrengend ist, trotzdem betrachten sie die Möglichkeiten und auch die damit einhergehende Verantwortung als positiv. Zudem werden sie von ihren Lehrerinnen und Lehrern unterstützt, wenn nötig werden von diesen auch Grenzen aufgezeigt und gesetzt.

Wie wichtig ist in einem solchen Schulmodell die Lehrerin bzw. der Lehrer? Nimmt ihre bzw. seine Bedeutung ab?

- Die Lehrerinnen und Lehrer haben eine sehr wichtige Rolle. Zwar lernen die jungen Menschen eigenverantwortlich in den jahrgangsübergreifenden Lernbüros. Dies geschieht jedoch in stetigem Austausch mit dem anwesenden Fachlehrer sowie dem jeweiligen Tutor. Die Rolle der Lehrerin bzw. des Lehrers ist demnach nicht weniger wichtig als in anderen Schulen, sie bleiben nötiger Bestandteil des Schulsystems.

Diskussion

Als Diskussionsgrundlage dienten folgende Fakten zur Partizipation im Hinblick auf die Umsetzung im schulischen Bereich:

- Je nach Alter partizipieren Schülerinnen und Schüler unterschiedlich stark – je älter sie sind, desto mehr sind sie an Partizipation interessiert.
- Die Vorstellungen von Partizipation in der Schule sind nicht bei allen Beteiligten gleich. Die Vorstellungen von Lehrenden und Schülerinnen und Schülern sind Studien zufolge sehr unterschiedlich.

- Partizipation in der Schule findet zumeist nur außerhalb des Unterrichts statt. Bei der Gestaltung der Unterrichtsinhalte wird die Schülerschaft kaum partizipativ eingebunden.
- Partizipation ist oft nur projekthaft angelegt und nicht fest im Schulalltag verankert.
- Die Unterschiede zwischen einzelnen Schulen sind sehr groß, beim Thema Partizipation gibt es keine Einheitlichkeit.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse der Diskussion

- Notwendig ist eine Schülerinnen-/Schülervvertretung einerseits als Sprachrohr, andererseits benötigt sie aber auch Entscheidungsgewalt bzw. ein Vetorecht.
- Voraussetzung für mehr Partizipation ist die Freiheit für Schulen, eigene Wege gehen zu können (eine Barriere ist fehlender politischer Wille für mehr Offenheit).
- Offenheit und Transparenz sind zwei zentrale Faktoren im Hinblick auf Partizipation.
- Erwachsene, insbesondere Lehrende an Schulen müssen lernen, Partizipation auszuhalten und sie unterstützen.
- Die Bereitschaft, jedem eine zweite Chance zu geben, muss vorhanden sein.
- Fraglich ist, ob eine partizipative Schule (wie die vorgestellte) für jede Schülerin und jeden Schüler geeignet ist.
- Es bedarf einer größeren Vielfalt im Schulsystem, um für unterschiedlich veranlagte Kinder und Jugendliche ein entsprechendes Schulmodell anbieten zu können.
- In der Lehrerausbildung ist mehr Mut erforderlich, um an dieser Stelle die Voraussetzungen für mehr Partizipation zu schaffen.

Workshop 2: Lebenswelt in ländlichen Räumen mitgestalten – Beteiligung an kommunalen Entscheidungen

Moderation: Daniel Grein,
Deutscher Bundesjugendring
Praxisinput: Karin Silbe,
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands
e.V., „LAND schafft ZUKUNFT“

Einleitung

Ländliche Räume stehen im Hinblick auf die Partizipation junger Menschen vor besonderen Herausforderungen. Die direkte Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen wird zwar vielerorts gewünscht, es fehlt jedoch an einer ausreichenden Infrastruktur, um die Jugendlichen im ländlichen Raum in der Breite zu erreichen, zu informieren und direkt einzubinden. Ländliche Räume sind dabei so heterogen wie ihre Jugendlichen selbst. Wie kann man Jugendliche in ländlichen Räumen für Partizipation befähigen und begeistern und ihnen die Wege zu kommunaler Beteiligung „verkürzen“?

Im Workshop wurde ausgehend vom Praxis-Input diskutiert, wie Beteiligung von Jugendlichen in ländlichen Räumen erfolgreich stattfinden und nachhaltig verankert werden kann.



Praxisinput Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e.V.,
„LAND schafft ZUKUNFT“

„LAND schafft ZUKUNFT“

Aktuelles Projekt der Katholischen Landjugendbewegung

Teilhabe junger Menschen vor Ort
Workshop II: Lebenswelt in ländlichen Räumen mitgestalten
22.2.2012, Mainz



KLJB

– aktiv vor Ort bis in der Welt

INTERNATIONAL	MIJARC Welt		
	MIJARC Europa		
BUNDES- EBENE	Bundesvorstand		
	Bundesgremien		
	Bundes- stelle		
	Land- jugend- verlag		
	Akademie der kath. Landjugend		
	Stiftung Junges Land		
LANDES- EBENE	LV Bayern und LV NRW		
DIÖZESAN- EBENE	DV Aachen	DV Köln	DV Passau
	DV Augsburg	DV Mainz	DV Regensburg
	DV Bamberg	DV München- Freising	DV Rottenburg- Stuttgart
	DV Berlin	DV Münster	DV Trier
	DV Eichstätt	DV Osnabrück	DV Vechta
	DV Freiburg	DV Paderborn	DV Würzburg
	DV Fulda		
ORTS- EBENE	1.900 Ortsgruppen mit insgesamt 70.000 Mitgliedern in ganz Deutschland		



Eindrücke der besonderen Lebenssituation von Jugendlichen auf dem Land

- Hoher Mobilitätsaufwand durch weite Wege zu Freizeit und Schule/Arbeit
- Bleibe-, Rückkehr oder Zuzugsperspektiven
- **Große Bereitschaft zum Einsatz für das direkte Lebensumfeld**
- **Enorme Innovationskraft**



KLJB im thematischen Kontext

- Besondere Themen der KLJB:
 - Internationale Entwicklung, Ökologie, Glaube&Kirche und **Ländliche Entwicklung**
- Aktueller Verbandsschwerpunkt
LAND schafft ZUKUNFT



Einsatz für Nachhaltige Entwicklung vor Ort

- Über Verbandsstrukturen Partizipation erLEBEN
- Im Dorf in Kirche- und Dorfgestaltung eingebunden
- Kommunale Beteiligung bes. über BDKJ und Jugendringe
- Jugendbeteiligung in Regionalentwicklungsprozessen (Seminar 2013)



Gelingende Partizipation

- Ernstnehmen in Anliegen und in Lebenssituation
- Transparenz in Entscheidungsmöglichkeiten und -strukturen
- Schaffung von Anlässen, Räumen und Zeit



Beteiligungsprojekt vor Ort konkret

Am Beispiel der
KLJB im Erzbistum Paderborn



Ziele: Jugendliche hinführen zu ökologischen, ökonomischen und demokratischen Bewusstsein

- Bedürfnisse Jugendlicher in das Arbeitsfeld von Politikern rücken!
- Einüben demokratischer Strukturen und Handlungsweisen!
- Integratives Zusammenleben im ländlichen Raum fördern!
- Vorhandene Interessen und Motivationen Jugendlicher, die eigene ländliche Umgebung aktiv mitzugestalten, nutzen und erweitern!



Methodik

- Mehrtägige Zukunftswerkstatt in Verbindung mit Podcasttechnik



- Präsentation der Ergebnisse vor Ortsverantwortlichen & Unterzeichnung von „Pakten“ mit genauen Aufgaben- und Zuständigkeitsbeschreibung für Jugendliche und Erwachsene



- ½ Jahr später erneutes Treffen und Evaluation
 - Überprüfung der Umsetzung der Vereinbarungen
 - Implementierung von Beteiligungsstrukturen anhand der Erfahrungen und zugeschnitten auf das individuelle Dorf/ Gemeinde

Profit des Projektes für Partizipationsprozesse

- Verbindung von Neuer Technik und modernen Kommunikationsmitteln mit Beteiligungsmöglichkeiten
 - Während Projektphase
 - Mediale Aufbereitung als Podcasts bei youtube
 - Regionale Pressearbeit: Radio/ Zeitung

- Bereitschaft zum Einsatz für das Dorf gestärkt
- Überwindung von Hürden (Politik – Jugend)
- Erwachsene erkennen, dass Jugendliche über eigene Generation hinausdenken
→ Verständnis füreinander erhöhen
- Politische Strukturen verdeutlicht und Beteiligungsmöglichkeiten aufgezeigt und gefestigt



WIR BEWEGEN DAS LAND



Zentrale Inhalte und Ergebnisse der Diskussion

Fragestellung

Was bedeutet ländlicher Raum und welche speziellen Anforderungen hinsichtlich der Beteiligung Jugendlicher ergeben sich daraus?

- Die Fragen von Jugendpolitik und Beteiligung lassen sich nicht ohne grundsätzliche Politik für ländlichen Räume denken
- Junge Menschen haben oft wenig Bleibeperspektiven. Es besteht das Risiko, dass gerade die mutigen, die gestalten wollen gehen
- Die Lebensräume junger Menschen im ländlichen Raum sind oft zerrissen, da Schule und Wohnort meist weit auseinander liegen.
- Stärkeres generationsübergreifendes Miteinander in den ländlichen Räumen kann im Bezug auf Beteiligung eine Vorteil sein. Er muss aber als solcher erkannt und genutzt werden.

Fragestellung

Wie kann eine eigenständige Jugendpolitik zu guter Jugendbeteiligung auch in den ländlichen Räumen beitragen?

- Jugendpolitik muss zu Sensibilisierung für das Thema Beteiligung junger Menschen führen
- Jugendpolitik darf nicht als Jugendhilfepolitik verstanden werden
- Es muss einen Paradigmenwechsel hin zu einer Politik für und mit jungen Menschen geben.
- Beteiligung fängt im Kopf der Erwachsenen an. Es hängt v.a. an Personen

Fragestellung

Was kann die (v.a. kommunale) Politik tun?

- Entwicklung eines jugendpolitischen Konzepts, das Beteiligung ermöglicht / Raum schaffen für politische Beteiligungsprozesse / echte Beteiligung ermöglichen, indem Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden.
- Geregelt transparente Verfahren, in denen klar ist, wie Entscheider_innen mit Ergebnissen umgehen
- Baukasten mit Beteiligungsinstrumenten entwickeln und entsprechend einsetzen
- Partizipationskonzepte zusammen mit jungen Menschen entwickeln.
- Maßnahmen auf kommunaler Ebene, wie z.B. Bürgermeistersprechstunden als gute Möglichkeiten, um Jugendlichen das Gefühl zu vermitteln, dass Ihre Stimme von Bedeutung ist und gehört wird.
- Der Mehrwert, den das Engagement Jugendlicher in der Region schafft, muss Politik stärker bewusst sein.

Fragestellung

Wie können Rahmenbedingungen für nachhaltige Beteiligung geschaffen und gestärkt werden

- Anstoß vor Ort geben
- Räume (im weitesten Sinne) geben
- Gemeinsame Zeit vor Ort ermöglichen
- Überörtliche Vernetzung sicherstellen
- Regelungen zur verpflichtenden Beteiligung in Gemeindeordnungen einführen bzw. umsetzen
- Ansprechpartner und Strukturen sind das A und O. deshalb Strukturen stärken: Vereine und Verbände sind wichtig und müssen gestärkt werden
- Zunächst gilt es (dort wo sie wegbrechen) Strukturen zu erhalten und dann kann erst über Beteiligung nachgedacht werden.
- Selbstorganisation junger Menschen muss unterstützt werden

Fragestellung

Was brauchen Jugendliche im Hinblick auf Partizipation?

- Vertrauen
- Zeit
- Finanzielle Unterstützung sowie Information und Transparenz hinsichtlich der Möglichkeiten (auch der finanziellen)
- Unterstützung bei der Erarbeitung von Konzepten
- Positive Erlebnisse und Ergebnisse ihrer Partizipation / wichtig für junge Menschen ist, sofort zu erleben, dass durch ihre Beteiligung etwas passiert
- Gestaltungsspielraum und Unterstützung bei der Umsetzung eigener Ideen
- Nachhaltige Partizipation gelingt dort, wo Jugend sich direkt betroffen fühlen und wo es Möglichkeiten gibt, konkret und zügig etwas zu verändern.
- Jugendgerechte Ansprache und Kommunikation auf Augenhöhe. Amtsdeutsch vereinfachen und Jugendsprache nutzen, um Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen und ihnen ihre Möglichkeiten verständlich zu erklären.
- Ein Denken nicht in Projektstrukturen, sondern in nachhaltigen Prozessen.
- Jugendliche müssen dort abgeholt werden wo sie selbst sich engagieren möchten.
- Jugendliche beteiligen sich bereits sehr vielfältig; die Herausforderung besteht darin, die Beteiligungsräume zu stabilisieren.
- Je ländlicher die Strukturen, umso stärker muss die Vernetzung sein. Soziale Netzwerke wie Facebook und die neuen Medien bieten dafür enorme Potentiale.
- Senken der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht

Workshop 3: Lebenswelt Stadt mitgestalten – Beteiligung an kommunalen Entscheidungen

Moderation: Jochen Butt-Pośnik, Jugend für Europa
Praxisinput: Klaus Lutz, Medienzentrum Parabol, Projekt „laut!“, Stadt Nürnberg,
 Klaus Cartus, Projekt „jungbewegt“, Landeshauptstadt Mainz/Rheinland-Pfalz

Einleitung

In den vergangenen Jahren sind gerade in städtischen Kommunen zahlreiche gute Beteiligungsprojekte initiiert und durchgeführt worden. Dies geschieht jedoch größtenteils nach wie vor punktuell bezogen auf einzelne Verwaltungsbereiche oder projektbezogen. Es fehlt an einer nachhaltigen und übergreifenden Verankerung von Jugendbeteiligung in den städtischen Kommunen. Hier gilt es Antworten zu finden, wo und wie Strukturen und Regelungen vor Ort verändert werden müssen, um Partizipation nicht nur als Projekt, sondern als Prinzip im Sozialraum zu implementieren.

Im Workshop wurde, ausgehend von zwei Praxis-Inputs, diskutiert, welche Rahmenbedingungen Beteiligung von Jugendlichen in städtischen Kommunen braucht und wie sie nachhaltig verankert werden kann.



Praxisinput Partizipationsprojekt „Laut“ in Nürnberg




laut!^{VOR ORT}
laut!^{TU}

 laut-nuernberg.de

Ein Partizipationsprojekt des Jugendamts der Stadt Nürnberg,
 dem KJR-Nürnberg und dem Medienzentrum Parabol



laut! VOR ORT

Jugend vor Ort

- Jugendversammlung
- Angebote für Schulklassen / Verbände
- Planung eines BarCamps
- Planung einer Jugendtagung

Werbung für Laut!

z.B. bei Jugendkulturveranstaltungen,
Fortbildungstagungen, Arbeitstreffen u.s.w.
Unterstützung von Gruppen wie z.B. den Skatern



[jugendforum]³



laut! VOR ORT



laut! VOR ORT





laut-nuernberg.de

Webpräsenz

- Eigene Facebook-Seite
- Bekanntmachung der Webseite

Eigene Web-Aktivitäten

- Dokumentation der Aktionen
- Planung des BarCamps über die Webseite
- Organisation der Vergabe von Geldern für Mikroprojekte






laut!TV

Themen Laut! TV-Sendung

Umweltfreundliche Stadt
Skader in Nürnberg





laut!^{TU}




 laut-nuernberg.de

laut!^{VOR ORT}

laut!^{TU}

- niederschwellig
- nachhaltig
- persönlich
- regional
- medial
- live

Praxisinput „jungbewegt“, Stadt Mainz



Projekt „jungbewegt – Dein Einsatz zählt“

Informationen zum Projekt „jungbewegt“

1

Welche Chancen liegen in der Förderung des Engagements junger Menschen? Vor welchen Herausforderungen stehen wir?

2

Welche Ziele verfolgt das Projekt?

3

Was verstehen wir unter Engagement?

4

Wie gehen wir vor?

5

Mit welchen Partnern arbeiten wir zusammen?

Engagement – Gewinn für alle



**Engagement schafft
Entwicklungschancen**



**Der soziale
Zusammenhalt wird
gestärkt**



**Engagement sichert
soziale und kulturelle
Angebote**

Aktueller Handlungsbedarf

- Es existiert ein ungehobenes Engagementpotenzial: 49 Prozent der bislang nicht aktiven Kinder und Jugendlichen würden sich stärker engagieren, wenn die Rahmenbedingungen besser und die Angebote attraktiver wären (Freiwilligensurvey 2009).
- Zugänge zum Engagement sind sozial ungleich verteilt: Mit 47 Prozent sind bedeutend mehr Gymnasiasten aktiv als Haupt-, Real- bzw. Mittelschüler (27 Prozent) (Freiwilligensurvey 2009).
- Oft sind die vorhandenen Angebote für Kinder und Jugendliche nicht attraktiv.
- Es fehlen Informationen über das Spektrum der Engagementmöglichkeiten.

Welche Leitziele verfolgt das Projekt?

Zugänge zum Engagement für **alle** Kinder und Jugendliche ermöglichen

Einbeziehung der gesamten Bildungsbiographie: Angebote für Kinder und Jugendliche von drei bis 22 Jahren und Bündelung in einer Region

Bildungschancen formaler und informeller Lernprozesse nutzen:
Verbindung der Bildungseinrichtungen mit dem lokalen Umfeld

Vernetzte Strukturen aufbauen und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren nachhaltig stärken

Engagement – Was ist gemeint?

Engagement...

- ist freiwillig und gemeinwohlorientiert.
- ist nicht auf materiellen Gewinn gerichtet.
- umfasst Mitentscheiden (Partizipation) und Mithandeln (Übernahme von Verantwortung für die Umsetzung).
- findet im öffentlichen Raum statt.
- wird in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt.
- greift gesellschaftliche Anliegen auf und macht sich zu deren Anwalt.

Wie geht „jungbewegt“ vor?



Kitas*: Mitentscheidung und Verantwortung im Alltag

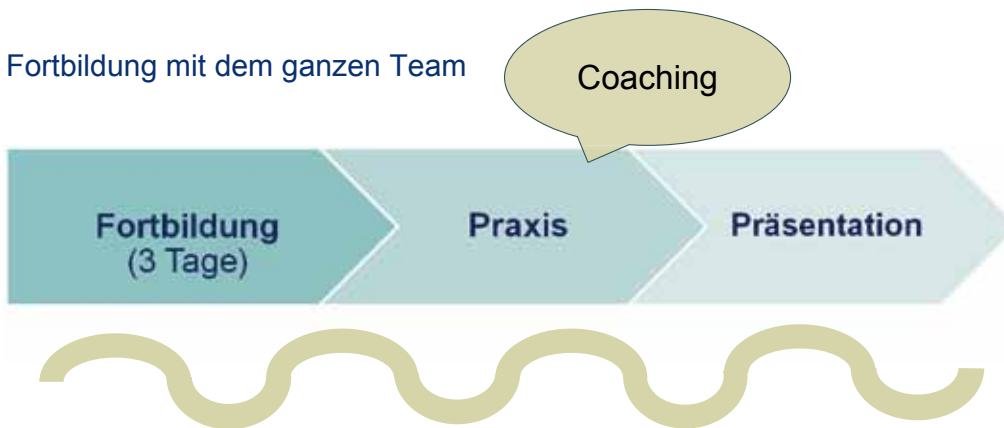
- Stärkung der Mitspracherechte von Kindern
- mitentscheiden und mithandeln im Kita-Alltag
- Öffnung von Kitas zum kommunalen Umfeld / Durchführung von Projekten mit Partnern
- Konzept „Mitentscheiden und Mithandeln in der Kita“ (im Erscheinen)

*Konzeptentwicklung in Kooperation mit Prof. Raingard Knauer (Fachhochschule Kiel), Prof. Benedikt Sturzenhecker (Universität Hamburg) und Rüdiger Hansen (Institut für Partizipation und Bildung)

sozial-emotionale Kompetenzen stärken

Fortbildung in den Kitas

Fortbildung mit dem ganzen Team



Die Fortbildner führen in das Thema ein und moderieren den Prozess – die Inhalte entscheidet das Team

Schulen*: Verzahnung von Reflexion und handlungsorientiertem Lernen

- konkrete Engagementerfahrungen innerhalb und außerhalb des Unterrichts
- vielfältige Formate, z. B. AG, Wahlpflichtfächer, Projekte, Praktika, Mentoring
- Initiierung von Patenmodellen
- Wahlmöglichkeiten für Schüler bezüglich Engagementformen und –themen
- Unterrichtsmaterialien: Mitmachhefte und Engagementkalender

*Konzeptentwicklung durch Adaption des Vorgehens der Citizenship Foundation, Großbritannien, Träger des Carl Bertelsmann-Preises 2007 / wissenschaftliche Begleitung durch deutsches Expertenteam

Entwicklung personaler und sachbezogener Kompetenzen

Inhalte der Lehrerfortbildung

Grundlagen zur Engagementförderung

ca. 0,5 Tage
eine Veranstaltung

Entwicklung, Planung und Durchführung konkreter Engagementprojekte

ca. 4,0 Tage
vier einzelne Veranstaltungstage

Engagementförderung als Teil der Schulentwicklung

ca. 2,0 Tage
eine Veranstaltung

Umgang mit vorhandenen Materialien

ca. 1,0 Tage
eine Veranstaltung

Die Organisation der Fortbildungen sowie die Erstellung weiterer Module wird auf die Bedingungen bzw. Bedarfe der jeweiligen Bundesländer abgestimmt.

Jugendarbeit*

- Aufbau von Projektbörsen
- Ideenwerkstätten für Jugendliche
- Umsetzung von Jugendprojekten
- Qualifizierung und Coaching der Jugendlichen
- bedarfsorientierte Trainings für Pädagogen

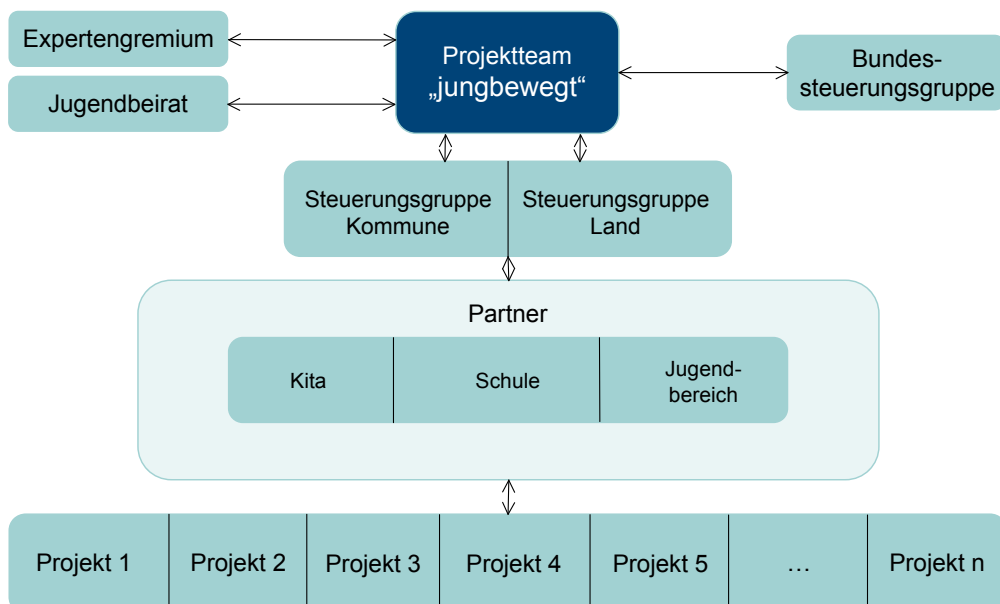
*Konzeptentwicklung durch Adaption des Vorgehens der Citizenship Foundation, Großbritannien, Träger des Carl Bertelsmann-Preises 2007 / wissenschaftliche Begleitung durch deutsches Expertenteam

Motivation zu eigenverantwortlichem Handeln

Mögliche Inhalte der Fortbildungen für Sozialarbeiter

- Qualitätskriterien für erfolgreiche Engagementprojekte
- Rolle und Haltung in Bezug auf die Arbeit mit Jugendlichen
 - Coaching
 - Beratung
 - Mentoring
- Projektmanagement
- Gewinnung von Partnern

Projektstruktur



Weitere Projektplanungen

- Konzept für bildungsferne Kinder und Jugendliche
- weitere pädagogische Materialien
- Leitfaden Elternarbeit
- Strukturierung von schulinternen Fortbildungen sowie professions-übergreifender Qualifizierungsangebote
- Frühzeitige Transferaktivitäten, z. B. innerhalb einer Kommune oder eines Bundeslandes

Kooperationen

Experten	Dr. Wolfgang Beutel Dr. Heide-Rose Brückner Rüdiger Hansen Dr. Reinhild Hugenroth Prof. Dr. Raingard Knauer Dr. F. Klaus Koopmann Holger Ehmke PD Dr. Hans Peter Kuhn Prof. Dr. Dirk Lange Prof. Dr. Thomas Olk	Gudrun Potysch-Wieczorek Margret Rasfeld Prof. Dr. Roland Roth Christian Schneider Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider Prof. Waldemar Stange Vincent Steinl Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker Prof. Dr. Klaus Jürgen Tillmann Prof. Dr. Michael Vilain
Bundesländer	Berlin, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt	
Partner		

Das **Netzwerk** wird weiter ausgebaut; darüber hinaus wurde ein Jugendbeirat mit Jugendlichen aus den Modellstandorten gegründet.



Kontakt:

Landeshauptstadt Mainz
Jugendhilfeplanung
Klaus Cartus
Telefon: 06131-123613
Telefax: 06131-122219
E-Mail: klaus.cartus@stadt.mainz.de
Internet: www.mainz.de
www.jungbewegt.de

Zentrale Inhalte und Ergebnisse der Diskussion

1. Fragestellung

Welche Rahmenbedingungen braucht eine erfolgreiche Jugendbeteiligung in städtischen Kommunen?

- Politik muss bereit sein, Macht abzugeben
- Politisch unabhängige Partner sind nötig (Kontext: Eigenständige Projekte mit viel Gestaltungsraum)
- Der rechtliche Rahmen muss geklärt und vorhanden sein
- Es bedarf einer Partizipationskultur, die generationsübergreifend ist; (Demokratiebildung in allen Ebenen: vom frühkindlichen bis ins Erwachsenenalter, Fachleute und Jugendliche, Erzieher und Kinder, politische Akteure; Ein Mentoringsystem für jung und alt)
- IDEE: Beteiligungskampagne zur Verankerung von Demokratie
- Bewusstseinsveränderung: Der Ansatz von Partizipation muss immer mitgedacht und reflektiert werden
- Verständnis von unten nach oben reflektieren (Ist meine eigene Einrichtung partizipativ?)
- Wichtig sind parallele Strukturen, Menschen müssen auch abgeholt werden können, d.h. der infrastrukturelle Rahmen muss gut sein, bezogen auf Räume und Mobilität
- Kommunikation und Information: Feedback an die Jugendlichen; Möglichst schnelle Prozesse und angemessene Zeiträume; Kontinuierlicher Informationsfluss, auch über das was nicht funktioniert; Zudem auch vermitteln, dass manche Prozesse länger dauern können; Transparenz
- Der Partizipationsprozess an sich muss von vornherein attraktiv und motivierend sein: Schon früh begleiten; Konkrete Aufgaben formulieren; Pädagogische Prozesse müssen „schöpferisch“ gestaltet werden; Attraktive Projekte
- Partizipation sollte nicht zu detailliert gedacht und offene Räume für die Kreativität der Jugendlichen gelassen werden
- IMPULSFRAGE: Wer entscheidet, was jugendrelevante Projekte sind? (z.B. Planung von Einkaufszentren, als qualitativer Aufenthaltsort; Politischer Wirkungsraum muss jedoch realistisch eingeschätzt und kommuniziert werden)
- Bestehende Strukturen gilt es zu hinterfragen: Ein Wirkungsrahmen muss immer da sein, sonst sind die Jugendlichen weg (z.B. Jugendhilfeausschuss: Tagesordnungspunkt „Jugend spricht für sich“ macht keinen Sinn, wenn keine Jugendlichen kommen; Was könnten sie mit einer Teilnahme bewirken und ist ihnen das klar?)

2. Fragestellung

Welche zusätzlichen Maßnahmen (Regelungen, Verordnungen, Gremien) müssen getroffen werden, damit Jugendbeteiligung prinzipiell, nachhaltig und übergreifend verankert wird?

- „Teilhabe“ bedeutet: Wer kriegt welches Stück vom Kuchen ab? (Kontext: Geld- und Ressourcenfrage; Dauerhafte verlässliche Ressourcen bereitstellen, Umverteilung von Haushaltsressourcen)

- Ein gesetzlicher Rahmen ist wichtig, der strukturell greift. Zwar dient die UN-Kinderrechtskonvention als Grundlage, dennoch wären Gesetze, z.B. auf Landesebene, effektiver
- Handlungsanweisung für die Verwaltungen: Leitlinien, um Partizipation nachhaltig zu verankern; Landesarbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendbeteiligung in Berlin hat bereits etwas derartiges entwickelt
- Bekanntheitsgrad von Partizipationsprojekten muss erhöht werden: Werbung über Großveranstaltungen; Stärkung der Informationsarbeit; Neue Medien einbeziehen
- Kooperation der politischen Ebenen muss stattfinden (z.B. Kommune und Schule)
- Stiftungen ins Boot holen: z. B. für oben benannte Beteiligungskampagne; Jugendpolitik darf jedoch nicht kommerzialisiert werden
- Eine Kooperation mit Schule ist unabdinglich für die Verankerung von Demokratiebildung

Workshop 4: Jugendpolitik mitentscheiden – Beteiligung in der kommunalen Jugendarbeit und im Jugendhilfeausschuss

Moderation: Boris Brokmeier,
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Praxisinput: Klemens Hotz, Verena Frank,
Jugendamt Mannheim

Einleitung

Gerade wenn es um Entscheidungen über die kommunale Jugendarbeit geht, ist die Stimme von Jugendlichen wichtig. Der Jugendhilfeausschuss stellt in der örtlichen Jugendhilfe das formal wichtigste politische Entscheidungsgremium dar. Hier können im Grundsatz alle Fragen behandelt und entschieden werden, die für eine öffentliche Unterstützung des Aufwachsens von jungen Menschen von Bedeutung sind. Hierzu zählen auch die Schnittstellen der Jugendhilfe zur Schule, zum Sozialamt, zur Arbeitsverwaltung oder anderen Institutionen. Der Jugendhilfeausschuss könnte damit ein Instrument sein, das Jugendpartizipation an wichtigen Entscheidungen ermöglicht. Diese Potenziale gilt es zu stärken und auszubauen und Jugendhilfeausschüsse zu einem Gremium lebendiger Jugendpolitik weiterzuentwickeln.



Im Workshop wurde, ausgehend vom Praxis-Input, diskutiert, wie Beteiligung von Jugendlichen in der kommunalen Jugendarbeit vor allem über den Jugendhilfeausschuss erfolgreich stattfinden und nachhaltig verankert werden kann.

Praxisinput Jugendamt Mannheim

Die Stadt Mannheim hat 323.000 Einwohner in 24 Stadtteilen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt 42,5 Jahre, der Anteil junger Menschen unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften beträgt 21,4 Prozent, 51,3 Prozent der Kinder haben einen Migrationshintergrund.

Der Jugendhilfeausschuss wurde mit dem Gesundheits- und Schulausschuss zusammengelegt. In diesem Rahmen findet ein Beteiligungsprojekt statt, z.B. bei der Spielplatzgestaltung. Das Projekt wurde durch den Jugendhilfeausschuss beauftragt. Er steuert die Managementziele und kontrolliert die Zwischenschritte.

Das Beteiligungsprojekt wurde durch die Diskussion um ein Jugendparlament ausgelöst.

Ziel ist die direkte Beteiligung der Jugendlichen.

Die Beteiligung erfolgt in drei Stufen:

Interessen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen



Kinder- und Jugendversammlungen in den Stadtteilen



Kinder- und Jugendgipfel

Über ein Orgateam fließen die Ergebnisse des Gipfels in die Stadtverwaltung und den Gemeinderat. Dieser ist auch zuständig für die strategischen Ziele des Projekts, definiert das Budget und ist Ansprechpartner für den zentralen Kinder- und Jugendgipfel.

Die direkte Kommunikation mit den Kindern und Jugendlichen erfolgt über die Bezirksbeiräte. Sie sind auch Ansprechpartner für die Politik.

Das Beteiligungsprojekt wurde von Jugendamt und Stadtjugendring gemeinsam entwickelt.

Rückfragen zum Praxisinput:

Wie werden die Jugendlichen erreicht? Wie bekommt man Jugendliche zum Jugendforum?

- Probiert wurden die Ansprache über Flyer und Facebook. Am wichtigsten und erfolgreichsten war jedoch die direkte Ansprache von Jugendverbänden sowie an Orten, an denen sich Jugendliche aufhalten (z.B. über Plakate, über Jugendzentren).

Wie hoch sind die Nutzerzahlen im Internet, wie erfolgreich ist das Online-Forum zum Angebot?

- Die Internetseite spielt bisher eine untergeordnete Rolle. Das Forum wird bisher gar nicht genutzt. Der erfolgversprechendste Weg zur Ansprache der Zielgruppe ist über Facebook.

Warum sind Kindertagesstätte und Horte bisher nicht eingebunden?

- Es wurden Vertretungen aus diesem Bereich eingeladen, eine weitere Einbindung war jedoch bisher mangels Ressourcen nicht realisierbar.

Wie wird die Jugendverbandsarbeit eingebunden? Wie ist der Jugendhilfering eingebunden worden?

- Die Jugendverbände und der Jugendhilfering waren von Anfang an beteiligt und haben das Modell mit entwickelt.

Was sind die zentralen Erwartungen der Jugendlichen?

- Die Jugendlichen haben Themen als für sie relevant benannt, die die Politik selbst schon identifiziert hatte, so dass die Akzeptanz der Themen auf beiden Seiten hoch war.

Wie verbindlich sind die Anregungen der Jugendlichen? Wie wird mit diesen umgegangen? Ist das Vorgehen strukturell verankert?

- Ideen werden gesammelt, anschließend vorgestellt und priorisiert. Das heißt die Kinder und Jugendlichen selbst nennen die Themen, die ihnen am wichtigsten sind. Die Ergebnisse werden der Politik präsentiert. Anschließend finden Diskussionsrunden zwischen den Bezirksbeiräten und den jungen Menschen statt. Abschließend entscheidet die Politik (Bezirksbeirat), was umgesetzt wird.

Wie wird das Modell personell realisiert?

- Ab April 2012 existieren zwei halbe Stellen für das Modell, die das Beteiligungssystem weiter voranbringen sollen. Bisher wurde es mit vorhandenen, hausinternen Mitteln umgesetzt. Hilfreich war hierbei die Kooperation mit Jugendzentren in den Stadtteilen. Um eine Verlässlichkeit herzustellen, muss das Beteiligungsmodell langfristig in das Gesamtsystem implementiert werden.

Zentrale Inhalte und Ergebnisse der Diskussion

Was sind die größten Barrieren für mehr Jugendbeteiligung?

- Erwachsenenblockaden bilden die größten Barrieren.
- Die Sprache des Jugendhilfeausschusses muss verständlich sein, so dass Jugendliche diese verstehen können.
- Orte der Beteiligung: Man muss zu den Jugendlichen hingehen.
- Qualifikation: Jugendliche müssen begleitet werden, damit sie lernen, ihre Anliegen zu äußern und ihre Interessen zu vertreten.
- Es müssen Ressourcen für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt werden. Dies kann der Jugendhilfeausschuss qua seines Amtes tun.
- Zeit (neben der Schule), Macht und Geld.

Wo liegen ungenutzte Potenziale von Jugendhilfeausschüssen? Was sind mögliche Ansätze?

- Der Jugendhilfeausschuss bietet die Möglichkeit, Bündnisse zu schmieden.
- Jugendbeteiligung muss von oben gewünscht sein. Hier kann der Jugendhilfeausschuss Lobbyarbeit betreiben.
- Fachleute und Politik können gemeinsam etwas bewirken und entscheiden gemeinsam. Aber wie kann verhindert werden, von Parteien vereinnahmt zu werden?
- Mehrere Räume nutzen, Beteiligung muss unten ansetzen.
- Vorschläge von Jugendlichen müssen umgesetzt werden, so dass die jungen Menschen sehen, dass Beteiligung wirkt.

Wie können Jugendhilfeausschüsse stärker aktiviert werden?

- Jugendliche müssen als Teil der Bürgerschaft betrachtet werden, der von vielen Themen betroffen ist, z.B. von Haushaltsfragen.
- Bestimmte Themen haben das Potenzial, viele junge Menschen aktivieren. Andere Themen interessieren weniger. Tagesordnungen könnten unter diesem Aspekt anders strukturiert werden, d.h. jugendrelevante Themen gebündelt vorweg behandeln.
- Einrichten eines Orgateams von Kindern und Jugendlichen, das die Interessen der jungen Menschen vertritt.
- Anmerkung: In Schleswig-Holstein ist Jugendbeteiligung Teil der Gemeindeordnung.
- Jugendhilfeausschuss muss der Auftraggeber sein. Fachleute können Politik zur Jugendbeteiligung hinführen.
- Jugendhilfeausschüsse können ein Steuerungsmodell für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung werden; der Jugendhilfeausschuss ist kein Beteiligungsinstrument, sondern eher ein Steuerungsinstrument.
- Wie definiert sich der Ausschuss? Was ist sein Selbstverständnis? (Fachgremium, Geldverteiler, Lobby für Jugendliche)? Das kann jeder Ausschuss für sich definieren. Wenn sich der Ausschuss so versteht, dass er die Interessen der jungen Menschen aufgreift und diese in die politische Diskussion einbringt, dann ist das ein guter Ansatz.

Workshop 5: Arbeitswelten mitbestimmen – Beteiligung in Ausbildung und Beruf

Moderation: Klaus Waldmann,
Evangelische Trägergruppe

Praxisinput: Susanne Wingertszahn,
DGB-Jugend Berufsschularbeit,
Projekttag „Für Demokratie und Mitbestimmung“,
Johannes Smettan, Arbeit und Leben Thüringen,
Projekttag „Arbeit Ausbildung Mitbestimmung“

Einleitung

In kaum einem Bereich ist die Mitbestimmung junger Menschen so gut geregelt, wie in Ausbildung und Beruf. Doch treffen hier oftmals Anspruch und Wirklichkeit aufeinander: Bei welchen Themen und mit welcher Wirkung sprechen Jugendliche wirklich mit? Wo liegen die Grenzen der Mitbestimmung? Wie können auch Arbeitgeber motiviert werden, Jugendbeteiligung als Mehrwert für das Unternehmen anzuerkennen?

Im Workshop wurde ausgehend von zwei Praxis-Inputs diskutiert, wie Mitbestimmung von jungen Menschen in der Arbeitswelt tatsächlich umgesetzt wird und wie Grenzen und Barrieren der Beteiligung überwunden werden können, um Jugendbeteiligung nachhaltig zu stärken. Eingangs wurde problematisiert, dass der Bereich Arbeitswelt und berufliche Ausbildung bislang in der Debatte um Partizipation und Teilhabe von Jugendlichen kaum berücksichtigt wird.



Praxisinput DGB-Jugend Berufsschularbeit,
Projekttag „Für Demokratie und Mitbestimmung“

Berufsschularbeit der DGB- Jugend Projekttag „Für Demokratie und Mitbestimmung“



Beginn: 2002

Zielgruppe: Berufsschüler/innen

Form: außerschulische Bildungsveranstaltung am Lernort
Berufsschule

Finanzierung: Bundes-, Landes und Kommunalmittel sowie
Eigenmittel

Qualitätssicherung: Jährliche Evaluation, bundesweit einheitliches
Konzept, Grundqualifizierungen der TeamerInnen

Teilnehmende jährlich: ca. 15.000 SchülerInnen an Berufsschulen

Ziele & Inhalte

- Die Berufsschularbeit dient dem Kennenlernen von Gewerkschaften und ihrer Funktion in der Gesellschaft sowie der Vermittlung gewerkschaftlicher Werte wie Solidarität, Demokratie und Mitbestimmung.
- Junge Arbeitnehmer/innen werden motiviert, aktiv ihre Arbeits- und Lebenswelt zu gestalten und sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen
- Vor Ort junge Arbeitnehmer/innen über ihre Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Ausbildung informieren
- Mit unseren Bildungsangeboten den Berufsschulunterricht sinnvoll ergänzen und uns in Sachen Arbeits- und Ausbildungswelt als verlässliche und kontinuierliche Partner zu verstehen
- Jugendliche zur demokratischen Beteiligung motivieren
- Politische Bildungs- und Jugendverbandsarbeit miteinander verbinden

Vermittlung von Grundlagenwissen über Interessenkonflikte, das Wirtschaftssystem, Rechte in der Ausbildung, Tarifverträge, Gewerkschaften, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Interessenvertretungen, Tarifpolitik sowie aktuelle gesellschaftspolitische Diskussionen.

Unsere Grundsätze

- Es wird grundsätzlich beteiligungsorientiert mit den Schüler/-innen gearbeitet
- Unsere vielfältigen und jugendgerechten Methoden führen zu einer gleichberechtigten Kommunikation zwischen Teamer/-innen und Schüler/-innen ohne Frontalunterricht.
- Wir verfolgen den Ansatz „Jugend für Jugend“. Alle Elemente (Konzeption, Evaluation und Durchführung von Qualifizierungen und Projekttagen werden von ehrenamtlichen jungen Menschen im Rahmen der Jugendverbandsarbeit erarbeitet und umgesetzt)
- Wir verfolgen klare politische Absichten die auf die Werte einer demokratischen und emanzipatorischen Gesellschaft stehen.

Projekttag »Demokratie und Mitbestimmung« (PDM)

- Mit der Idee, Azubis und Schüler/-innen demokratische Möglichkeiten der Mitbestimmung in Ausbildung und Betrieb näher zu bringen, hat die DGB-Jugend den Projekttag »Demokratie und Mitbestimmung« (PDM) entwickelt.
- Thematisch schlägt der PDM einen Bogen von der gesellschaftlichen Verteilung von Chancen und Reichtum hin zu einem lösungsorientierten Umgang mit Problemen in der Ausbildung und vereint damit diverse für den Lehrplan relevante Themen.
- Der Projekttag geht sechs Stunden lang und wird durch ein Team in der Berufsschule durchgeführt.

Das Herzstück - Das Team

Alle TeamerInnen sind...

- ... befinden sich überwiegend in der Ausbildung oder im Studium
- ... qualifiziert für die bildungspolitische Ansprache (6 Tage Seminar)
- ... für die jährlichen Evaluierung und Überarbeitung des Projektes verantwortlich
- ... von anderen ehrenamtlichen aus dem Projekt qualifiziert und ausgebildet
- ... auf der regionalen Ebene in Teamenden Arbeitskreisen organisiert
- ... sind Mitglieder der DGB- Jugend und aktiv im Jugendverband

Was wir uns wünschen.... Außer Geld!

- Angesichts des demografischen Wandels werden mehr Anstrengungen nötig sein als heute, um junge Menschen bei den Herausforderungen zu unterstützen, in einer alternden Gesellschaft aufzuwachsen.
- Elementare Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist Bildung im Sinne eines Prozesses der Emanzipation mit dem Ziel einer Stärkung der Analyse-, Urteils-, Kritik- und Handlungsfähigkeit. Junge Menschen werden damit befähigen, sich mit gesellschaftlichen Fragen kritisch auseinanderzusetzen. Das Engagement und Interesse ist allerdings in engem Zusammenhang mit der Lebenssituation des Einzelnen zu sehen. Es gibt eine hohe Zahl an jungen Menschen, die sich von der Gesellschaft abgehängt empfinden und sind.
- In allen Lebensbereichen (insbesondere Schule und Arbeitswelt) muss Beteiligung das grundsätzliche Prinzip sein. Die dazu bestehenden Strukturen und Prozesse, wie betriebliche Mitbestimmung, Schüler_innenvertretung, kommunale Mitbestimmung müssen gesichert und ausgebaut werden. Politisches Engagement ist in Deutschland bislang jedoch kein Grund für einen einheitlichen **Freistellungsanspruch** nach BetrVG und PersVG oder Schul- und Hochschulgesetzen. Es ist dringend erforderlich, dass junge Menschen für politische Arbeit, wie etwa der Mitarbeit in Gremien, freigestellt werden.

- Den Jugendverbänden kommt eine besondere Rolle bei dem Thema Beteiligung zu. Sie sind originäre Aktionsfelder, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen umfassend ermöglichen. Die **Sicherung und Stärkung von Jugendverbandsarbeit** sichert Nachhaltigkeit für Demokratie und Partizipation. Verlagerung von öffentlichen Fördermitteln in Projektarbeit zum Nachteil der kontinuierlichen Förderung der demokratischen Kinder- und Jugendverbandsarbeit ist kontraproduktiv! Das herausragende Ziel muss in der Schaffung langfristiger Strukturen bestehen.
- Freie Bahn für Freie Träger! **Kooperationen der Jugend(verbands-)arbeit und Schule müssen ausgebaut** werden. Jugendverbänden müssen in allen Bundesländern die gleichen Möglichkeiten haben, Kooperationen mit Schule einzugehen. Jugendverbände müssen als legitime Interessensvertretungen wahrgenommen werden. Sie dürfen keine Abwertung durch eine Gleichsetzung mit dem Lobbyismus kommerzieller Unternehmen erfahren. An der Stelle ist ein Dialog auf Augenhöhe notwendig. Das bedeutet, dass die Arbeit und das Engagement von Jugendlichen und deren Strukturen ernst genommen und wert geschätzt werden.

Praxisinput Arbeit und Leben Thüringen,
Projekttag „Arbeit Ausbildung Mitbestimmung“

Arbeit | Ausbildung | Mitbestimmung



Projekttag

Arbeits- / Ausbildungs- / Mitbestimmung

2012-02-22 Mainz

Projektziele

• ...

Projektziele

• ...

neue Entwicklungen

• ...



Arbeit und Leben
DGB / VHS

- getragen vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Deutschen Volkshochschulverband (DWV)
- eine Fachorganisation der politischen und sozialen Bildungsarbeit, bei der das Themenfeld Arbeit und Bildung seit jeher einen Schwerpunkt bildet
- einer der sechs großen Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung mit Förderung durch den KJP
- 160 lokale und regionale Einrichtungen die jährlich ca. 300.000 Jugendliche und Erwachsene erreichen



Arbeit und Leben A.V. unterstützt Auszubildende Buch mit sieben Siegeln



Projektarbeit, Teamarbeit und die Freude am Lernen sind die Kernkompetenzen der Arbeit und Leben A.V. In der ersten Phase des Projekts haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Arbeit und Leben A.V. beteiligt und haben die ersten Schritte in die berufliche Welt gesetzt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die ersten Schritte in die berufliche Welt gesetzt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die ersten Schritte in die berufliche Welt gesetzt.

Projektbeginn

Arbeit | Ausbildung | Mitbestimmung

- März 2008 Start des Projekts: Motivation und Qualifikation von älteren Erwachsenen für das bürgerschaftliche Engagement
- seitdem vier ehemalige Betriebsräte als Teamende
- ca. 20 Projekttag pro Jahr (~ 400 Teilnehmende)
- Zielgruppe: Jugendliche zwischen 16 und 18 kurz vor dem Übergang ins Berufsleben



Programm



ARBEIT, AUSBILDUNG, MITBESTIMMUNG

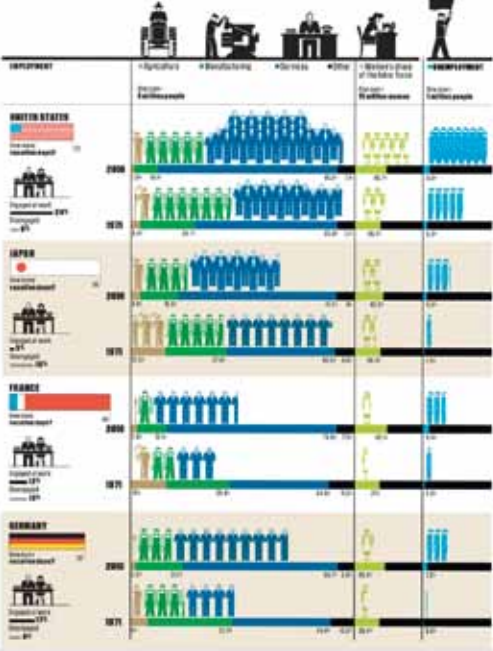
8.00 – 10.00 Uhr	<p>Ausbildungs- und Arbeitsvertrag:</p> <p>In diesem Modul werden die rechtlichen Grundlagen des Arbeits- und Ausbildungsvertrags erläutert. Hinzu kommen die rechtlichen Regelungen für Arbeit und Ausbildung im Allgemeinen, sowie die Rechte und Pflichten als AuszubildendeR/ ArbeitnehmerIn sowie die des/der ArbeitgeberIn.</p> <p>Vortrag und Diskussion</p>
10.00 – 11.00 Uhr	<p>Betriebliche Mitbestimmung</p> <p>In diesem Abschnitt werden die Organe der betrieblichen Mitbestimmung und deren Aufgaben behandelt.</p> <p>Vortrag und Diskussion</p>
11.00 – 12.15 Uhr	<p>Konflikte und Lösungsansätze</p> <p>Die Arbeitswelt ist nicht konfliktfrei. Welche Konflikte zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen entstehen können und wie diese im Hinblick auf geltende rechtliche, tarifvertragliche und arbeitsvertragliche Regelungen gelöst werden können, wird hier behandelt.</p> <p>Vortrag und Diskussion</p>

	<p>Die Arbeitswelt ist nicht konfliktfrei. Welche Konflikte zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen entstehen können und wie diese im Hinblick auf geltende rechtliche, tarifvertragliche und arbeitsvertragliche Regelungen gelöst werden können, wird hier behandelt.</p> <p>Vortrag und Diskussion</p>
12.30 – 14.00 Uhr	<p>Gewerkschaften</p> <p>Hier wird die Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften als außerbetriebliche Interessenvertretung genauer beleuchtet. Vor allem die Fragen des Tarifvertrags, aber auch gewerkschaftliche Rechtsvertretung werden hier angesprochen.</p> <p>Vortrag und Diskussion</p>

Das Seminar wird begonnen mit einer Vorstellung und der Einführung in das Thema und endet mit einer offenen Diskussion und einem auswertenden Abschlussgespräch.

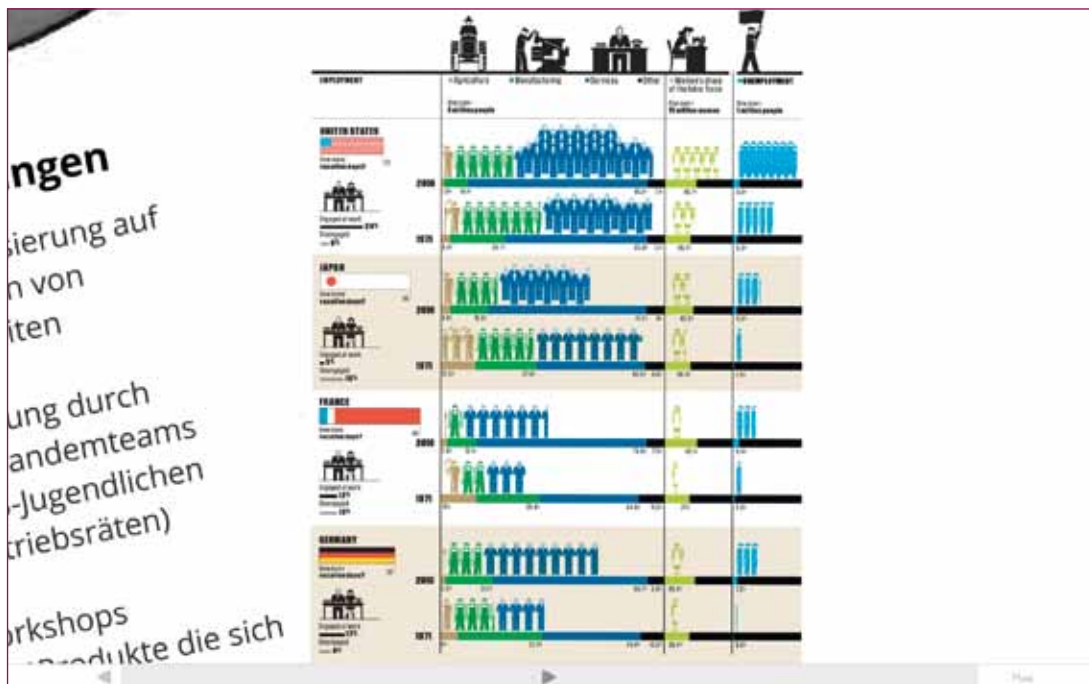
Ziele

Die Zielsetzung des Seminars liegt in der grundsätzlichen Vermittlung von beteiligungsorientierten Ansätzen im Berufsleben. Die jugendlichen Teilnehmenden bekommen die Möglichkeiten zur innerbetrieblichen politischen Mitbestimmung vorgestellt und erfahren mehr über ihre Rechte und Pflichten im Arbeits- und Ausbildungsverhältnis. Dabei steht der nicht-konfliktorientierte Lösungsweg im Fokus des Projekttags.



neuere Entwicklungen

- Wunsch: Stärkere Fokussierung auf konkretes Ausprobieren von Beteiligungsmöglichkeiten
- Ergebnis: Seminarleitung durch intergenerationale Tandemteams (bestehend aus DGB-Jugendlichen und ehemaligen Betriebsräten)
- in mehrtägigen Workshops entstehen (Medien-)Produkte die sich mit Beteiligung im Berufsleben auseinandersetzen (bspw. Filme, Radiobeiträge, Infografiken, Blogs, etc.)



Thesen zur Diskussion

Partizipation junger Menschen
meint mehr als Jugendparlamente
und Jugendorganisationen der
Parteien

Partizipation ist gesellschaftliche
Beteiligung - auch und gerade im
Berufsleben

Betriebliche Partizipation endet
nicht beim Betriebsrat oder den
Jugendsekretären der
Gewerkschaften

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit



Kontakt
Johannes Smettan
smettan@arbeitundleben-thueringen.de

Zentrale Inhalte und Ergebnisse der Diskussion

- Der Handlungsbereich „Beteiligung in Ausbildung und Beruf“ umfasst einen großen Erfahrungsbereich von Jugendlichen und bezieht sich auf die Bereiche der Betriebe und Verwaltungen, der Berufsschulen und auf Einrichtungen des Übergangssystems.
- Das im Workshop vorgestellte Projekt an Berufsschulen zeigte, dass es ein tragfähiger Weg ist, um Auszubildende zu erreichen, die nicht in großen Betrieben lernen. Jugendliche in Großbetrieben haben günstigere Rahmenbedingungen für Partizipation. In diesem Umfeld werden bestehende rechtliche Regelungen häufiger umgesetzt.
- Die Möglichkeit einer Jugend- und Auszubildendenvertretung ist zwar rechtlich geregelt, hat aber eingeschränkte Mitwirkungsmöglichkeiten und wird in einer Vielzahl von Betrieben nicht umgesetzt. Es gibt hier keine Anerkennungskultur, sondern eine Rege- lungskultur.
- Problematik Freistellung: Die Regelungen für eine Freistellung zur Qualifikation bzw. zur Bewusstseinsbildung und Motivation für Partizipation sind von Bundesland zu Bun- desland unterschiedliche. Wichtig wären eine gesetzliche Regelung, die Zeit für Enga- gement und Qualifikation für Partizipation auch im Bereich der Arbeitswelt absichert. Andererseits wurde in der Debatte festgestellt, dass in Bereichen, in denen es Freistel- lungsregelungen gibt, die Jugendlichen dieses Recht oftmals nicht wahrnehmen, aus Angst vor Arbeitsplatzverlust oder der Reaktionen von Vorgesetzten. Wichtig ist Motiva- tion und Empowerment.
- Azubis haben Bedenken, wie ihr Engagement z.B. in der JAV auf ihre Vorgesetzten wirken könnte.
- Viele Jugendliche werden in überbetrieblichen Einrichtungen ausgebildet (Kooperative Ausbildung), haben also weder im Betrieb noch beim Träger eine Jugend- und Auszubil- dendenvertretung (JAV). Ebenfalls wurde die Situation in den Einrichtungen des Über- gangssystems problematisiert und nach einer rechtlichen Absicherung der Partizipation von Jugendlichen in diesen Bereichen gefragt.
- Eine Schülerinnen-/Schülervvertretung sollte stärker auch an Berufsschulen verankert werden. Hier gibt es strukturelle Defizite.
- Engagement braucht Zeit: Es braucht ein einheitliches Freistellungsgesetz.
- Der Bereich Arbeitswelt/Ausbildung sollte im Rahmen einer Eigenständigen Jugendpoli- tik nicht als etwas „Fremdes“ gesehen werden, sondern Beteiligung in Beruf und Arbeits- welt sollte ein zentrales Thema sein.

Offene Frage

- Wie lassen sich verlässliche Instrumente schaffen, die Jugendliche im Anschluss an eine Bildungs- und Informationsveranstaltung in Hinblick auf ihre Partizipationsmöglichkei- ten in der Arbeitswelt weiter begleiten?

Workshop 6: Jugend eine beachtete Stimme geben – Beteiligung und Medien

Moderation: Daniel Poli, IJAB

Praxisinput: Sebastian Nikoloff,

Jugendpresse Deutschland e.V. / Bundesverband junger Medienmacher,

Robert Rethberg, SPIESSER

Einleitung

Um Jugendbeteiligung als Prinzip auf allen Ebenen und allen Bereichen, die das Leben Jugendlicher betreffen, zu verankern, bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Hier spielen die Medien eine wichtige Rolle, die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass Beteiligung von jungen Menschen ein Mehrwert für unsere Gesellschaft ist. Indem Jugendliche in und über die Medien eine Stimme bekommen, werden ihre Interessen öffentlich wahrnehmbar. Des Weiteren ist Information eine zwingend notwendige Voraussetzung, damit Beteiligung gelingt. Es braucht Medien, die jugendaffin und jugendgerecht informieren. Nicht zuletzt bieten die neuen Medien neue Chancen, Orte und Formate für eine direkte Beteiligung von Jugendlichen.

Im Workshop wurde auf Grundlage zweier Praxis-Inputs diskutiert, wie Medien dazu beitragen können, die Beteiligung von Jugendlichen in der Gesellschaft zu stärken.

Praxisinput Jugendpresse Deutschland e.V. /
Bundesverband junger Medienmacher



Partizipation durch Medien

**Junge Medien –
die Stimme der Jugend**



› Inhalt

1. **Jugendeigene Medien**

Wichtig für Partizipation und Teilhabe.

2. **Vorstellung Jugendpresse**

Das Netzwerk von 15.000 medienbegeisterten jungen Menschen.

3. **Praxisbeispiele: Mobile Akademie und politikorange**

Medien in der Fläche fördern und jugendlicher Partizipation eine starke Stimme geben.

Folie 2

› Jugendeigene Medien: Zentral für junge Partizipation

Jugendeigene Medien sind

- unabhängig
- selbstbestimmt
- nicht-kommerziell

Schülerzeitungen

➤ Jugendliche Medien: Zentral für junge Partizipation

- **Forum für jugendrelevante Themen:**
 - zeigen relevante Themenfelder auf
 - identifizieren Problemdruck (auch regional)
 - berichten authentisch
- **Plattform für Engagement:**
 - eigene Ideen umsetzen
 - Selbstverwirklichung

jugendeigene Medien:
zentral für Teilhabe

➤ Inhalt

1. Jugendeigene Medien

Wichtig für Partizipation und Teilhabe.

2. Vorstellung Jugendpresse

Das Netzwerk von 15.000 medienbegeisterten jungen Menschen.

3. Praxisbeispiele: Mobile Akademie und politikorange

Medien in der Fläche fördern und jugendlicher Partizipation eine starke Stimme geben.

› Jugendpresse: vier Grundanliegen

Die Jugendpresse ist das Netzwerk medienbegeisterter Jugendlicher. Sie fördert Medienkompetenz und stärkt Demokratie.

- **Engagement fördern:** Die Jugendpresse fördert mit Schülerzeitungen eine der wenigen Plattformen selbstorganisierten und freien Engagements und demokratischer Kultur.
- **Netzwerk schaffen:** Die Jugendpresse ist das größte selbstorganisierte Netzwerk für junges Engagement. Wir verbinden junge Menschen, die gemeinsam Gesellschaft bewegen wollen.
- **Karrieren begleiten:** Wir helfen, Karrieren in die Medienbranche aufzubauen.
- **Ethische Standards vermitteln:** Wir schaffen früh ein Bewusstsein für die Bedeutung unabhängiger und kritischer Berichterstattung.

› Jugendpresse: Was tun wir konkret?

- Mit unseren **Seminaren, Workshops und Events** ermöglichen wir Austausch und bilden Netzwerke.
- Wir pflegen den **Kontakt zu Unternehmen und Organisationen** aus der Medienwirtschaft, der Politik und der Jugendarbeit.
- Die Jugendpresse ist überwiegend **ehrenamtlich organisiert**. Jährlich beteiligen sich 2.000 junge Menschen bundesweit an einem unserer Projekte.

Wussten Sie schon ...

Die Jugendpresse ...

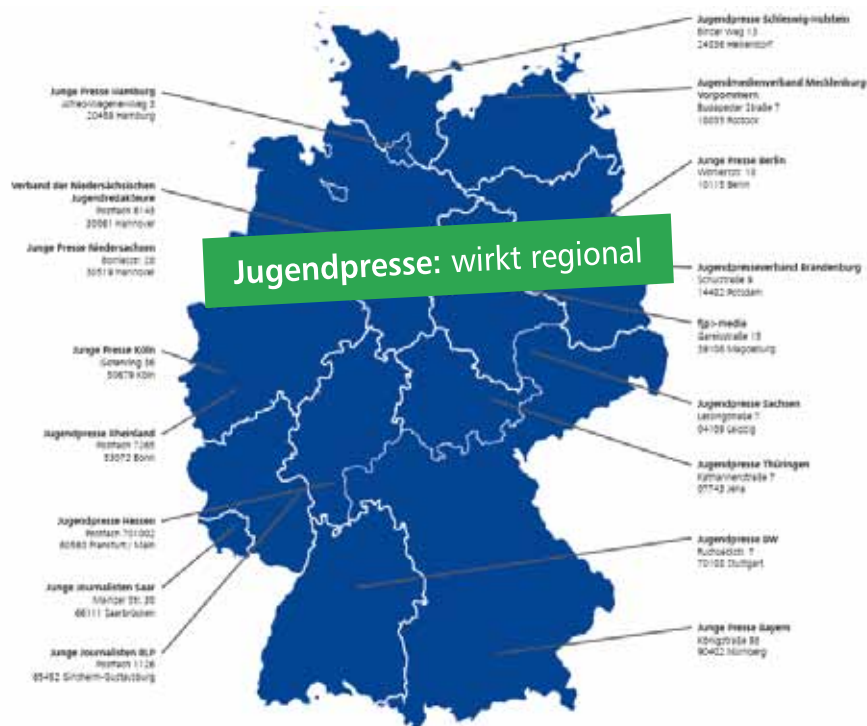
- verbindet bundesweit 15.000 medienbegeisterte junge Menschen
- konnte 2011 mehr als 16.000 Teilnehmer auf mehr als 180 Veranstaltungen begrüßen.
- bietet jedes Jahr 2.000 jungen Menschen eine Plattform für Verwirklichung eigener Ideen.

› Jugendpresse: stark vor Ort

Die Jugendpresse ist bundesweit aufgestellt. durch unsere starken Landesverbände haben wir Ansprechpartner auf allen Ebenen und sind vor Ort erstklassig vernetzt.

- Im **Bundesbüro** lebt die Verwaltung. Hier wirken unsere Mitarbeiter in der Geschäftsführung und der Buchhaltung.
- Die **Büros in den Ländern** bilden das starke Rückgrat unserer Arbeit. Sie sorgen für erstklassige Kontakte vor Ort.

› Jugendpresse: stark vor Ort



› Inhalt

1. **Jugendeigene Medien**

Wichtig für Partizipation und Teilhabe.

2. **Vorstellung Jugendpresse**

Das Netzwerk von 15.000 medienbegeisterten jungen Menschen.

3. **Praxisbeispiele: Mobile Akademie und politikorange**

Medien in der Fläche fördern und jugendlicher Partizipation eine starke Stimme geben.

Folie 11

› Mobile Akademie: Medienkompetenz auf Augenhöhe

Bei der Mobilen Akademie vermitteln Teamer der Jugendpresse Medienkompetenz – kompakt, vor Ort und auf Augenhöhe. In eintägigen Intensiv-Workshops mit anschließenden weiterführenden Angeboten geben wir Impulse für Engagement.

**Schülerzeitungen fördern –
Jugend vor Ort eine Stimme geben**

› Mobile Akademie: Medienkompetenz auf Augenhöhe

- **Kompakt:** Die Mobile Akademie ist ein eintägiger Intensiv-Workshop zu Medienkompetenz. Der Workshop setzt Anreize und gibt Hilfestellungen für weiteres Engagement.
- **Peer to Peer:** Bei der Jugendpresse vermitteln junge Medienmacher Medienkompetenz auf Augenhöhe.
- **Vor Ort:** Die Mobile Akademie ist bundesweit verfügbar – Einsätze finden vor Ort statt und sind einfach abzuwickeln.
- **Individuell:** Die Mobile Akademie kann dank verschiedener Module optimal auf die Bedürfnisse der Teilnehmer eingehen.

› Mobile Akademie: Medienkompetenz auf Augenhöhe

- **Gewollt:** Schulen und Jugendgruppen können die Mobile Akademie zu sich holen. Einsätze finden nur bei bestehender Nachfrage statt.
- **Kostengünstig:** Das Konzept erlaubt, bestehende Ressourcen optimal zu nutzen. Für einen Einsatz fallen nur geringe Kosten an.
- **Nachhaltig:** Die Mobile Akademie gibt Impulse. Durch weiterführende Angebote begleiten wir die Jugendlichen auf dem Weg hin zur Schülerzeitung.

› Mobile Akademie: konkreter Ablauf



› politikorange: bundesweite Lernredaktion

politikorange ist die bundesweite Lernredaktion der Jugendpresse. Regelmäßig erscheinen Ausgaben zu Themen rund um Politik und Gesellschaft. politikorange leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung Medienschaffender, ergänzt und beeinflusst die Medienlandschaft und wirbt für Pressefreiheit und Demokratie.



› politikorange: bundesweite Lernredaktion

- **Gelesen:** Seit 2002 erschienen knapp 100 Ausgaben, hat politikorange mehr als 1.000 junge Medienmacher erreicht und eine Auflage von über 1 Mio. Exemplaren veröffentlicht.
- **Anerkannt:** politikorange hat ein breites Netzwerk von Unterstützern, mit denen die Redaktion gemeinsam Projekte umsetzt.
- **Praxisbezogen:** politikorange ist echter Journalismus: Young Professionals leiten medienbegeisterte Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 27 Jahren in branchennahen Situationen an, vermitteln Handwerk und Fähigkeiten für die Berichtersteller von morgen und leisten einen aktiven Beitrag zum Berufseinstieg in einer umkämpften Branche.

› politikorange: bundesweite Lernredaktion

- **Unabhängig:** politikorange ist frei von jeglicher Einflussnahme – inhaltlich wie thematisch.
- **Lebensnah:** politikorange bewegt sich nicht im geschützten Raum. Wir vermitteln journalistische Standards dort, wo sie am stärksten gefährdet sind: im echten Leben.
- **Nachhaltig:** Nachhaltigkeit ist bei uns mehr als ein Lippenbekenntnis: politikorange ist seit zehn Jahren ein Angebot für junges Engagement. Neue politikorange-Alumni – inzwischen hauptberufliche Journalisten – bereichern jedes Jahr unser Netzwerk.

➤ Zusammenfassung

- **Jugendeigene Medien sind zentral für Partizipation.**
 - nicht-kommerziell und selbstbestimmt
 - Forum für relevante Themen
 - Plattform für selbstbestimmtes Engagement

- **Jugendpresse:**
 - Organisation von 15.000 jungen Medienmachern
 - wirkt regional

- **Praxisbeispiele: Mobile Akademie und politikorange**
 - Medien in der Fläche fördern
 - Jugend eine starke Stimme geben

➤ Kontakt

- **Sebastian Nikoloff**
Bundesvorstand
Tel: 0151 42414563
s.nikoloff@jugendpresse.de



JUGENDPRESSE
DEUTSCHLAND

BUNDESVERBAND JUNGER MEDIENMACHER

JUGENDPRESSE DEUTSCHLAND E.V.
Bundesverband junger Medienmacher
Wöhlerstr. 18
10115 Berlin

Tel: 030 450865-50
Fax: 030 450265-59

E-Mail: buero@jugendpresse.de
Web: www.jugendpresse.de

Umsatzsteuer-ID: DE237345635

Eingetragen in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
unter Nr. 22772.

Gefördert durch



Praxisinput SPIESSER



Fachforum Teilhabe junger Menschen vor Ort,
22. Februar 2012, Mainz

Robert Rethberg,
SPIESSER, Leiter Sonderprojekte



Medien von Jugendlichen für Jugendliche



SPIESSER - die Jugendzeitschrift

SPIESSER - für Studenten

SPIESSER.de

schekker.de

mitmischen.de

reif-magazin.de

SPIESSER

- die Jugendzeitschrift

- fast volljährig
- erscheint sechs Mal im Jahr bundesweit
- 500.000 Auflage (510.000 Leser (AWA'11))
- liegt u.a. direkt an über 10.000 Schulen aus
- Gesellschaft, Ausbildung, Freizeit



SPIESSER

- für Studenten

- neu ab 2012
- erscheint sechs Mal im Jahr bundesweit
- Druckauflage von 100.000 Exemplaren
- liegt direkt an Hochschulen aus
- Gesellschaft, Karriere, Freizeit



3

Unser Autoren-Prinzip

- Journalismus von jungen Menschen für junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren
- mehr als 350 Nachwuchsjournalisten aus allen Bundesländern schreiben, fotografieren und filmen als freie Reporter
- professioneller Unterstützung der SPIESSER-Redakteure
- 25.000 Community-Mitglieder

Unser Konzept:

- Informieren, Kommunizieren, Diskutieren
- mitgestalten (offene Red.-Sitzung, Titelvoting, Beitrags-VÖ)

Unsere Zielgruppe:

- medieninteressiert: Jugendauctoren & Schülerzeitungsredakteure
- engagiert: Klassen- & Schülersprecher
- organisiert: Vorsitzende in Jugendvereinen & -organisationen



unsere Autoren
bei der Arbeit



4

Von Jugendlichen für Jugendliche

Auf SPIESSER.de schreiben Jugendliche für Jugendliche mit Unterstützung einer professionellen Onlineredaktion. Zu den beliebtesten Formaten zählen:

Blogs:

Erfahrungen im Ausland, im Studium, der Ausbildung, in sozialem Engagement – von Jugendlichen persönlich dokumentiert.

Meinungen:

In wenigen Worten oder etlichen Sätzen – User schreiben ihre Meinung zu Themen, die sie beschäftigen. Und stoßen Kritische Diskussionen an.

Briefe an:

Wer mehr zu sagen hat, der schreibt einen „Brief an...“ –

mal kritisch, mal lobend, immer authentisch.

Videointerview:

Die Fragen an die Promis holen wir uns bei den Usern

und belohnen sie mit einem Gewinnspiel.

Unser Konzept:

Diskussionen statt Gruscheln.
Meinungen statt Partybilder.
Inhalte statt Statusmeldungen.

5

Mitmach-Elemente / am Beispiel erklärt

Community-Beiträge



Beitrag aus der Community auf SPIESSER.de



Beitrag auf SPIESSER.de



Beitrag in SPIESSER – die Jugendzeitschrift

Community-Bilder



Bilder aus der Community auf SPIESSER.de



Bilder in SPIESSER – die Jugendzeitschrift

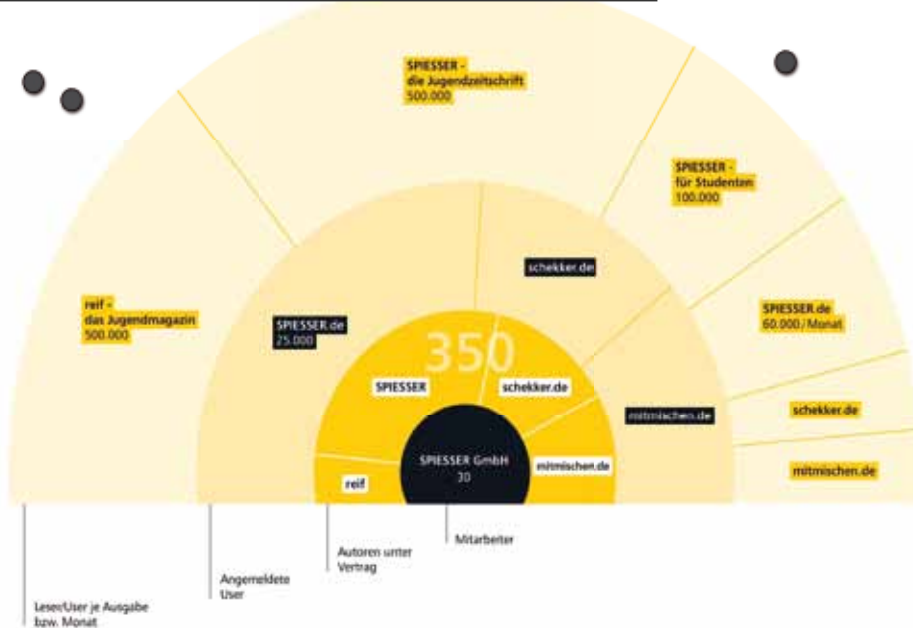
Weitere Mitmach-Elemente

- Titelbild-Voting (alle User)
- offene Redaktions-sitzung

6



Strategie der Autoren-Gewinnung



Schekker.de – das Jugendmagazin der Bundesregierung



Fakten

- 215 schekker-Autoren
- Jugendliche treffen Politiker und stellen Fragen

Beispiele:

- Schekker-Autorentreffen 2011 mit Dr. Christoph Steegmans (Sprecher des BMFSFJ)
- Autorenreisen nach Brüssel, Paris, u.a.

Das Projekt:

Regelmäßig erscheinen hier Beiträge aus den Themenbereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Jung und authentisch, mit einem monatlich wechselnden Schwerpunkt und immer aus der Perspektive junger Menschen.

9

mitmischen.de – das Jugendportal des Deutschen Bundestages



Fakten

- 185 mitmischen-Autoren
- rund 11.000 angemeldete User im mitmischen.de-Forum
- jeder kann mit Bundestagsabgeordneten chatten, Beiträge kommentieren, im Forum diskutieren sowie bei Votings abstimmen
- Autoren schreiben, drehen und fotografieren für mitmischen.de

Das Projekt:

Politik ist langweilig? Finden wir nicht! Wir erklären Jugendlichen zwischen 12 und 20, was gerade im Parlament los ist und wie der Bundestag eigentlich funktioniert. Der Name ist Programm: Im Mittelpunkt steht die Meinung der User.

10

Danke! Ich habe fertig.

SPIESSER GmbH
Schandauer Straße 64
01277 Dresden

Telefon: 0351 31540-0
Fax: 0351 31540-40
media@spiesser.de

SPIESSER.de
SPIESSER-media.de

Robert Rethberg
Leiter Sonderprojekte
T. 0351 31540-572
robert.rethberg@spiesser.de

Zentrale Inhalte und Ergebnisse der Diskussion

Fragestellung: Wie können Medien die Öffentlichkeit für Jugendbeteiligung sensibilisieren?

- Klassischen Medien fehlt es oft an Jugendrelevanz
- Peer-Group-Medien (Medien, die von Jugendlichen für Jugendliche gemacht werden) fehlt es oft an Wahrnehmung bei „Erwachsenen“
- Jugendämter brauchen den Zugang zu sozialen Netzwerken im beruflichen Kontext
- Generationenübergreifende Projekte (Ausweitung der Peer-to-Peer-Angebote)
- Vielfalt der Medien nutzen
- Kooperationen von Jugendmedien mit Erwachsenen-Medien
- Etablierte Medien als Transportmittel für jugendeigene Medien nutzen / Öffentlichkeitsarbeit über Medien für Jugend-Themen (Medienpatenschaften für Jugendpartizipation)
- Erweiterter Medienbegriff: Musik, Theater, Film, um alle die Vielfalt jugendlicher Mediennutzung zu repräsentieren
- Chancen für junge Stimmen nutzen

Fragestellung: Wie können Medien jugendgerechte Information als Grundlage für Partizipation (neue Formen der Informationsaufbereitung/Aufklärung) gewährleisten?

- Jugendgerechte Information als Voraussetzung für Partizipation
- Jugendliche abholen, Anknüpfen an die Lebenswelten junger Menschen
- Mehr Informationen, niedrighschwelligere Angebote (auch für den ländlichen Raum)
- Open-Data-Projekte als neue Formen jugendgerechter und niederschwelliger Informationsvermittlung nutzen, um komplexe politische Zusammenhänge und Daten und Fakten anschaulicher darstellen zu können
- Mehr Lebensnähe, Vielfalt von Jungen begreifen
- Transferleistungen um persönlichen Bezug herstellen, Übersetzungen
- Mehr jugendgerechte Informationen in etablierten Medien

Fragestellung: Wie funktionieren Medien als Ort und Möglichkeit für Beteiligung?

- Soziale Netzwerke als neue Chance für Beteiligung
- Breitere und niedrighschwelligere Wirkungen durch Nutzung von Medien erzielen (z.B. Nutzung von sozialen Netzwerken und ePartizipationsverfahren)
- Formate wie „logo!“ für Jugendliche entwickeln
- Breites Forum für Jugendliche
- Dezentrale und zentrale Strukturen für Partizipation verbinden und einen lokalen und bundesweiten Mix bereitstellen
- Allgemeine strukturelle Rahmenbedingungen schaffen (Kommunikationsplattformen)
- Bei Notlagen wirken Medien verstärkend, Beteiligung schnell zu organisieren
- Es braucht „Vermittler“ in der Jugendarbeit, um durch medienpädagogische Ansätze alle jungen Menschen zu befähigen, sich über Medien zu beteiligen

- Politikferne Jugendliche können besser erreicht werden; Weg von Print, hin zu jugendgerechten Formaten (Online, story telling, Musik, Video)
- Partizipation benötigt konkrete Ansprechpartner bzw. Schnittstellen in der Politik und öffentlichen Verwaltung. Diese können durch soziale Medien und ePartizipation geschaffen werden.

VI.

Abschlussdiskussion: Runter von der Beteiligungsinsel!

Teilnehmende:

Sven Frye, Deutscher Bundesjugendring

Thomas Krüger, Bundeszentrale für politische Bildung

Lucia Stanko, Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Leitstelle Partizipation

Lutz Stroppe, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Daniel Zimmermann, Stadt Monheim am Rhein

Moderation: Kate Maleike, Deutschlandfunk

Zum Abschluss des Fachforums diskutierten die Teilnehmenden der Gesprächsrunde Perspektiven und Ansätze für die künftige Stärkung der Partizipation junger Menschen in Deutschland.

Zentrale Aussagen der Teilnehmenden

Daniel Zimmermann, Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein

Wie sind Sie dazu gekommen, sich politisch zu engagieren?

- Ich habe vor zwölf Jahren gemeinsam mit Schulfreunden eine Partei gegründet. Der Anlass war für uns damals 1999 die Änderung des Wahlrechts in NRW: Man durfte erstmals mit 16 Jahren wählen. Wir haben diese Chance genutzt, waren eher unpolitisch und hatten zunächst auch keine dezidierten Forderungen. Doch wir waren auf Anhieb erfolgreich und erhielten 6 Prozent bei der Stadtratswahl. 2004 sind wir dann mit neuen Kandidatinnen und Kandidaten, alle zwischen 18 und Mitte 20, angetreten und haben das Ergebnis noch einmal mehr als verdoppelt. Bei den Kommunalwahlen 2009 haben wir dann auf 30 Prozent zugelegt, und stellen seither den Bürgermeister. Ich denke unser Beispiel zeigt gut, dass sich Engagement lohnt und man auch schon als junger Mensch politisch etwas erreichen kann.

Partizipation heißt auch, Macht abzugeben. Wie sehen Sie aus Ihrer Position heraus diesen Aspekt?

- Macht abzugeben ist einerseits erforderlich. Andererseits darf man nicht vergessen, dass bestimmte Institutionen wie z.B. ein Stadtrat eine Legitimation haben, die Jugendliche oder bestimmte Jugendinstitutionen oft nicht haben. Dies ist auch das Problem vieler Jugendparlamente: Die Wünsche und Ideen korrespondieren nicht mit den Kompetenzen, die diese Gremien letztlich haben. Ich kenne beide Seiten, die der Jugendlichen, die mitwirken und mitentscheiden möchten, und die der Politik, aus eigener Erfahrung und weiß, wie frustrierend das für beide Seiten sein kann.



Sven Frye, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings

„Runter von der Beteiligungsinsel“ ist die Überschrift diese Gesprächsrunde, wie sehen Sie diese Insel?

- Wir möchten aus der Insel ein Festland machen. Es geht darum, Partizipation und Teilhabe als Teil von Gestaltungsmacht zu sehen und wahrzunehmen. Es muss klar sein, dass es eine Demokratisierung in verschiedenen Lebensbereichen bedeutet. Wir haben hier heute durch viele Beispiele gehört, was das konkret heißen kann. Ein wichtiger Baustein ist zudem, dass wir uns verständigen, welcher Rahmenbedingungen es für eine lebendige Beteiligung bedarf, die an die Lebenssituation junger Menschen anknüpft. Hierbei ist es wichtig, sich nicht nur auf typische Themen junger Menschen zu beziehen, sondern einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu verfolgen.

Was erwarten Sie umgekehrt von jungen Menschen im Bezug auf Partizipation?

- Hier spielt die Selbstorganisation eine große Rolle. Es geht nicht darum, auf die Teilhabe zu warten und sie zu nehmen, wenn sie angeboten wird. Vielmehr muss man sich dafür engagieren, sie erstreiten und Verantwortung übernehmen. Auf der einen Seite müssen die Rahmenbedingungen geschaffen, Ressourcen bereitgestellt und Freiräume hergestellt werden. Aber auf der anderen Seite sind die jungen Menschen gefragt, dies aufzugreifen und mit Leben auszufüllen. Ich bin gespannt, welche Themen hier bedient werden, denn es geht bei weitem nicht nur um Fragen nach der Skaterbahn oder dem Spielplatz, sondern um alle Bereiche des Lebens.

Denken wir an das Jahr 2020. Welchen Wunsch haben Sie im Hinblick auf die Partizipation junger Menschen in Deutschland?

- Dass es selbstverständlich wird. Dass wir uns auf neue Prozesse einlassen und diese, auch ergebnisoffen, zulassen und dass Gestaltungsmacht stärker geteilt wird. Wenn ich an 2020 denke ist mein Wunsch, dass ein entscheidendes Thema bei der Allianz für die Jugend die nachhaltige Beteiligung und Teilhabe in verschiedenen Dimensionen ist. Denn damit sind auch die anderen beiden großen Themen der Allianz, Übergänge und Bildung, anders gestaltbar und bekommen eine andere Dynamik. Wir müssen uns also auf Neuland einlassen und auch sehen, welche neuen Dialogformen und Instrumente wie z.B. e-Partizipation existieren. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, niemanden unterwegs zu verlieren. Denn 98 Prozent Internetzugang bei jungen Menschen bedeuten noch nicht automatisch die Kompetenz und die Zeit zu haben, sich in diese neuen und schnellen Prozesse einbringen zu können.

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

Wie bewerten Sie im Moment die Situation bezüglich der Teilhabe junger Menschen? Sie engagieren sich von der Bundeszentrale für politische Bildung bundesweit und bekommen Vieles mit, Sie unterstützen viele Projekte und sind selbst aktiv. Wie groß sind die Betonköpfe und Barrieren noch?

- Beteiligung muss man sich erobern. Betonköpfe gibt es überall. Für Beteiligung ist wichtig, dass man in der Jugendpolitik in den Jugendhilfestrukturen denkt und redet, denn im Kinder- und Jugendhilfegesetz ist die Frage der Jugendarbeit, der Jugendkulturarbeit ein wichtiger Aspekt, der jedoch in der Praxis oft zu kurz kommt. Hier geht es häufig primär um gesetzliche Leistungen und in der Jugendarbeit, dort, wo Teilhabe stattfindet, ist es schwer, entsprechende Akzente zu setzen. In der politischen Bildung ist Teilhabe mittlerweile ein Qualitätsmerkmal. Wir unterscheiden dabei zwischen drei verschiedenen

Beteiligungsformen: Erstens die klassischen Formen, bei denen der Staat Beteiligung anbietet und Menschen diesem Angebot folgen, wie z.B. bei Bürgerhaushalten usw. Die zweite Form hat mehr mit Selbstorganisation und der eigenen Aktivität zu tun, sich einzumischen, Kampagnen zu organisieren. Insbesondere im Internet sehen wir viele Communities, die sich herausbilden und politische Ziele verfolgen. Solche Kampagnen können Wirkung zeigen, man kann also durch Beteiligung und sich einmischen tatsächlich politische Ziele erreichen.

Die dritte Form der Beteiligung zielt darauf ab, Demokratie in bestimmten Aspekten neu zu verhandeln. Wir diskutieren ja längst über die Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie um Elemente direkter Demokratie. Die Piraten sind ein gutes Beispiel, wie politische Gruppen versuchen, hier neue Techniken zu entwickeln, z.B. Delegated Voting oder Liquid Democracy. Dies sind Elemente der dritten Form von Beteiligung. Hier sind die Konturen teils noch unscharf und man kann an den Verfahren noch viel kritisieren, aber es zeichnet sich ein kulturelles Aufbrechen von Beteiligungsformen ab.

Was muss aus Ihrer Sicht mit der Perspektive 2020 getan werden?

- Wir denken aus meiner Sicht noch zu sehr in dem Muster: Beteiligungsmöglichkeiten werden eingeräumt, diese können von jungen Menschen wahrgenommen werden. Ich glaube in Zukunft wird es stärker um Kollaboration gehen, also ein Zusammenwirken verschiedener Akteure, die sich über Themen und Projekte organisieren. Wir sehen das heute schon in Bildungsprozessen: Prozesse, die von themengetriebenen Gruppen initiiert werden, können auch in eine Richtung gehen, die von denjenigen, die sie finanziert haben, nicht intendiert oder gewünscht war. Doch sie müssen es zulassen. Man kann das Macht- oder Kontrollverlust nennen, aber eine selbstbewusste, mündige Gesellschaft wird dies immer häufiger tun und wir müssen uns in Politik und Verwaltung darauf einstellen. Dies bedeutet zudem zwei Gewinne: Zum einen eine Re-Legitimierung bürger-schaftlicher Initiative. Zum anderen gibt es ein neues Verhältnis zwischen Staatsbürgern und staatlichen Institutionen.

Wir sammeln heute erste Erfahrungen damit und sehen, dass die Menschen erwarten, dass Institutionen sich öffnen. Und wir müssen auch auf die Selbstorganisation von Communities setzen. In der Bundeszentrale unterstützen wir viele Peer Networks wie z.B. die Young European Professionals oder das Team Global, die ihre eigenen Themen haben, selbst organisieren und von uns nur noch Coaching und die Finanzierung von Kick-off-Veranstaltungen und Jahreskonferenzen erhalten. Wir beraten bei Bedarf, aber die inhaltliche Verantwortung entsteht aus den Netzwerken heraus. Diese Prozesse weisen auch für die politische Bildung einen Weg in die Zukunft und verleihen der Disziplin auf bestimmte Weise neues Leben und erzeugen neue Virulenz. Der schwierigste Aspekt dabei ist sicher, der Politik, die dies finanziert, klarzumachen, dass Kontrollverlust in Zukunft zwingend dazugehören wird.

Lucia Stanko, Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Leitstelle Partizipation

Welche Entwicklungen zeichnen sich für Sie in Ihrer Arbeit im Hinblick auf Beteiligung ab?

- Aus meiner Sicht steht und fällt Beteiligung damit, was Herr Radford heute Morgen unter dem Begriff ‚Attitude‘ angesprochen hat, also mit der Haltung. Es ist nicht hoch genug zu bewerten, dass mit der UN-Kinderrechtskonvention ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, von der Objektstellung zur Subjektstellung des Kindes. Doch das Gelingen von Teilhabe hängt letztlich davon ab, dass wir die Wünsche, Ideen und Meinungen von Kindern und Jugendlichen wirklich ernst nehmen wollen.

Es gibt inzwischen viele Strukturen und eine normativ-rechtliche Verankerung, aber es braucht wesentlich mehr, wie etwa altersgerechte Partizipationsformen, Projekte, strukturbildende Maßnahmen usw., damit Beteiligung in der Realität gelingt.

In Rheinland-Pfalz haben wir rund 50 kommunale Jugendvertretungen. Dies ist eine wichtige Form der Beteiligung. Dabei braucht es die Begleitung der Erwachsenen, den eigenen Raum, einen eigenen Etat, damit die jungen Menschen ihre Ideen voranbringen können. Wir unterstützen mit Praxisseminaren, damit sie ihre Rechte vor Ort kennen und nutzen können. Ein anderes wichtiges Moment ist die Spielleitplanung, die in Rheinland-Pfalz entwickelt wurde und auch in anderen Bundesländern durchgeführt wird. Ein Verfahren, bei dem Kinder und Jugendliche an kommunalen Planungsprozessen nachhaltig beteiligt werden. Dies ist ein wichtiges Verfahren, da es hier um einen politischen Willensbildungsprozess geht. Und Mitwirkung hat nur dann Sinn, wenn sie auch eine Wirkung hat, wenn Kinder und Jugendliche also Veränderungen sehen.

Welche Perspektive haben Sie für das Jahr 2020?

- Ich wünsche mir, dass es eine selbstverständliche Partizipationskultur gibt. Zudem wäre es wichtig, so wie es die Landesregierung Rheinland-Pfalz plant, das aktive Wahlrecht für Kommunal- und Landtagswahlen mittelfristig auf 16 Jahre herabzusetzen.

Lutz Stroppe, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Was wünschen Sie sich bezüglich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Blick auf das Jahr 2020?

- Viele Wünsche sind hier schon benannt worden. Ich denke es ist entscheidend, dass Strukturen für Jugendbeteiligung geschaffen werden und diese Strukturen von der Bereitschaft leben, junge Menschen tatsächlich zu beteiligen. Ohne diese Voraussetzungen gelingt Beteiligung nicht. Die drei Formen von Beteiligung, die Thomas Krüger beschrieben hat, beziehen sich auf gesamt- gesellschaftliche Entwicklungen. Der Bürgerentscheid zu Stuttgart 21 oder der Hamburger Bürgerentscheid zur Schulreform sind Beispiele, bei denen Entscheidungen anders getroffen wurden, als man es vorher erwartet hat. Es muss ein Verständnis dafür entwickelt werden, dass Mehrheitsentscheidungen – auch wenn sie anders erwartet wurden – anerkannt werden. Das macht solche Prozesse besonders schwierig.

Der andere Bereich ist die Jugendbeteiligung und die Frage, wie junge Menschen über Strukturen wie Jugendhilfeausschüsse usw. beteiligt werden können. Und der dritte Aspekt ist, wie Jugendliche ihr Leben mitgestalten können, indem sie auf die inhaltliche Gestaltung z. B. in der Schule Einfluss nehmen können. Das sind drei verschiedene Ebenen, die jedoch eng zusammengehören und die wir weiter entwickeln müssen. Wir müssen bei der Beteiligung junger Menschen auf allen drei genannten Ebenen neue Wege ausprobieren und Neues anbieten.

Dazu gehört auch, dass Themen und Inhalte und die Frage, wie Jugendliche erfolgreich auch durch neue Formen, wie e-Partizipation beteiligt werden können, offen diskutiert und angegangen werden. Dieser letzte Punkt ist aus unserer Sicht so wichtig, dass wir als Bundesfamilienministerium hier eine Expertise in Auftrag geben sollten.

Das nächste Forum zur EIJP wird sich mit „Übergängen im Jugendalter“ beschäftigen. Auch dazu gab es heute schon erste Diskussionen.

Ich bedanke mich bei allen Besuchern und Mitwirkenden und möchte Sie herzlich einladen, weiter intensiv am Prozess der Eigenständigen Jugendpolitik mitzuwirken.

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0180 1 907050*
Fax: 030 185554400
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
EMail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115**

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: April 2012

Gestaltung: www.neueshandeln.de

* 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, NordrheinWestfalen u. a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de;
7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.